

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 173 (2007)
Heft: 7-8

Anhang: Welche Armee hat Zukunft? : Sicherheitspolitische Arena vom 12. Mai 2007, Winterthur
Autor: [s.n.]

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 05.05.2025

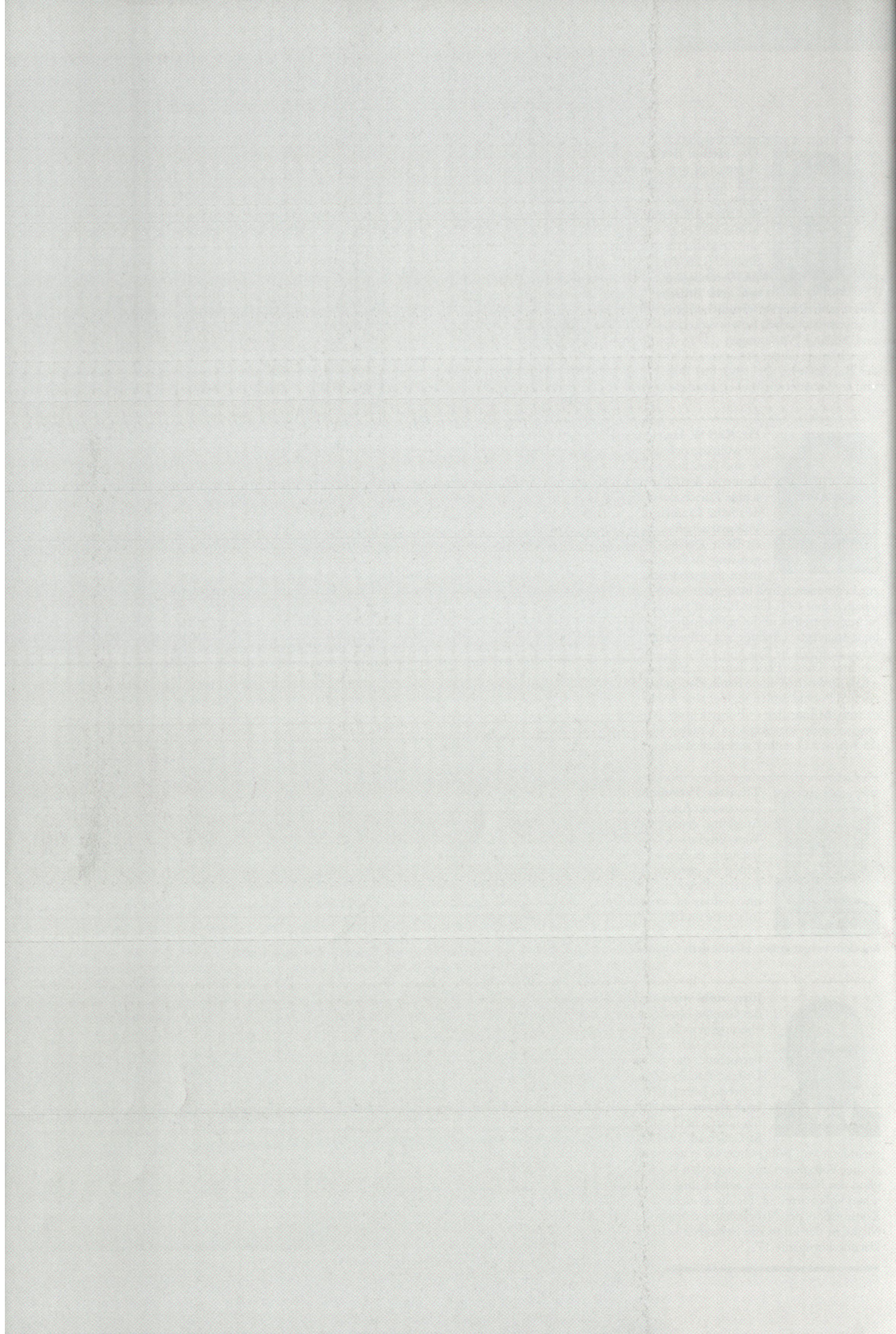
ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Welche Armee hat Zukunft?

**Sicherheitspolitische Arena
vom 12. Mai 2007, Winterthur**





Editorial	3
■ Eugen Thomann	
Einleitung: Auf der Suche nach sicherheitspolitischen Eckwerten	4
■ Eugen Thomann	
Streitkräfteentwicklung in Europa	5
■ Heiko Borchert	
Welche künftige Armee für die Schweiz?	7
■ Karl W. Haltiner	
Die US National Guard – eine erprobte Freiwilligenmiliz	9
■ Eugen Thomann	
Diskussion: Umriss eines künftigen schweizerischen Wehrsystems	12
■ Eugen Thomann	
NATO-Kompatibilität aus der Sicht des Kleinstaates. Das Beispiel der slowenischen Armee	14
■ Uroš Svete	
Können wir uns militärische Eigenständigkeit noch leisten?	18
■ Jürg Stahl	
Diskussion: Künftige militärische Kooperation der Schweiz	20
■ Eugen Thomann	
Schlusswort: Welche Armee hat Zukunft?	22
■ Markus Hutter	
Autoren und Mitarbeiter	23



Welche Armee hat Zukunft?

Liebe Leserin, lieber Leser

Nichts scheint manchmal so flüchtig wie das gesprochene Wort. Dennoch wird hier der Versuch unternommen, die Ergebnisse der von der Offiziersgesellschaft Winterthur, unterstützt durch verschiedene Schwestergesellschaften¹⁾ und den Verein «Chance Schweiz – Arbeitskreis für Sicherheitsfragen», am 12. Mai 2007 veranstalteten Sicherheitspolitischen Arena einzufangen.

Der Anlass und dieses ihm gewidmete Beiheft greifen eine Grundsatzfrage der Sicherheitspolitik auf, im Bestreben zu zeigen, dass in nicht allzu ferner Zeit, jenseits der Tagespolitik, mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit bedeutende Entscheide fallen müssen. Daran erweist sich, welche Brisanz der verkannten Sicherheitspolitik innewohnt.

Vermessen handelte, wer vom Inhalt dieser Entscheide heute schon reden wollte. Bestenfalls gelingt das Ertasten ihres Rahmens.

Damit für die Bedeutung der Sicherheitspolitik ein bisschen zu werben, ist uns wichtigstes Anliegen.

Unser Dank gilt der ASMZ und dem Huber Verlag Frauenfeld, der dieses Beiheft ermöglicht.

Offiziersgesellschaft Winterthur und Umgebung

Eugen Thomann

¹⁾Kantonale Offiziersgesellschaften Schaffhausen, Thurgau, Zürich; Allgemeine Offiziersgesellschaft Zürich und Umgebung; Offiziersgesellschaften Bodensee, Zürcher Oberland, Zürcher Unterland, Zürichsee Linkes Ufer, Zürichsee Rechtes Ufer; Gesellschaft der Offiziere an der Zürcher Hochschule Winterthur.

Auf der Suche nach sicherheitspolitischen Eckwerten

Seit die grosse «rote» Bedrohung verschwand, verloren die Sicherheitspolitik und die Armee als eines ihrer wichtigen Instrumente an Stellenwert. Zu Unrecht! Denn in absehbarer Zeit sind Grundsatzentscheide fällig.

Eugen Thomann

«Die Bundeswehr ist für viele Parlamentarier nicht mehr interessant», urteilte ein deutsches Nachrichtenmagazin im vergangenen Jahr.

Welchen Stellenwert räumen wir der Wehrpolitik ein? – Wer die Lebensläufe unserer Volks- und Ständesvertreter auf der Website des Parlamentes betrachtet, findet kaum einen Hinweis auf die – vielfach nach wie vor sehr respektablen – militärischen Laufbahnen. Nicht, dass sich jemand ihrer schämte, doch offensichtlich verschaffen diese Leistung und Kompetenz in den Augen des massgeblichen Wählers keinen Vorzug. Oder: Wie viele Journalisten berichten in unseren Medien regelmässig fachkundig als sicherheitspolitische Spezialisten? Die Zahl schrumpfte in den letzten Jahren deutlich.

Im Herbst des Jahres 2006 verfolgten wir, wie hoch während der Flimser Session die Wogen im Streit um den «Entwicklungsschritt 2008/11» unserer Armee gingen. Indes galt diese Debatte kaum Grundzügen der Wehrpolitik, vielmehr organisatorischen Einzelheiten und im Hintergrund der Ausrichtung unserer Aussenpolitik. Der Stellenwert unserer Sicherheits- und vor allem der Wehrpolitik sank und sinkt immer noch.

Das muss Sorge bereiten, steht doch im jüngsten Perspektivbericht des Bundesrates, in den «Herausforderungen 2007 – 2011», der in jeder Hinsicht bemerkenswerte Satz: «Da die Gefahren insgesamt diffuser und komplexer geworden sind, erfordert die Sicherheitspolitik eine breitere Befassung als früher.»

Dynamik der Sicherheitspolitik

Zur schwer überschaubaren Grosswetterlage tragen neben den islamistischen Terrorattacken, dem Gift des organisierten Verbrechens, den auf dem Balkan weiter schwärenden Wunden, neben der Proliferation von Massenvernichtungsmitteln und Raketentechnik, Ressourcennot, dem Migrationsdruck und den Umweltschäden unerwartet von heftigem Säbelrasseln begleitete Machtansprüche bei. Seit dem vergangenen Februar erlebt die Welt die russische Staatsspitze von einer neuen, zugleich alten und vermeintlich überwundenen Seite; dass es nicht unbedingt bei harten Worten bleibt und die Regeln des Völkerrechts leicht dem manipulierten Volkszorn weichen, unterliegt zumindest für in Moskau stationierte estnische Diplomaten keinem

Zweifel. Auf Europas anderer Flanke begleiteten islamistische Al-Kaida-Fanatiker im April 2006 die Bombenexplosionen von Algier mit dem Schwur, «al-Andalus» zurückzuerobern, das bis ins 15. Jahrhundert maurische Spanien.

An Herausforderungen der Sicherheitspolitik fehlt es also nicht. Wir haben noch ein paar hausgemachte beizusteuern. Mindestens drei zeichnen sich mittelfristig, also vielleicht für die übernächste Legislaturperiode, ab:

■ Das aus den Armeeaufträgen entwickelte Leistungsprofil erweist sich als nicht vereinbar mit den nach den Budgetkürzungen vorhandenen Finanzmitteln, und von einer Trendwende ist keine Rede.

■ Die Personaldecke der heutigen Armee reicht nicht mehr lange, eigentlich schon jetzt kaum. In sieben Jahren fehlen uns 20 und in 14 Jahren 40 Bataillone –, ausser man könnte die Tauglichkeit weiter differenzieren und dem Einzelnen mehr Dienst zumuten, als gegenwärtig vorgesehen –, oder aber die Bataillone verkleinern.

■ Der Wehrpflichtdiskussion, wie sie durch Europa rollt, werden wir uns kaum entziehen. Ihr hiesiger Ausgang bleibt vorderhand ungewiss –, trotz eines hohen Standes der Wehrgerechtigkeit, die besser ist als ihr von Schlagworten wie dem «blauen Ausweg» ramponierter Ruf.

Die Schweiz braucht eine schöpferische, eine überzeugende – und entsprechend breit abgestützte, von einer Mehrheit getragene – Sicherheitspolitik, wenn sie wahrscheinlichen und möglichen Entwicklungen gewachsen sein soll. Indes vermag niemand abzuschätzen, wann sich die seit anderthalb Jahrzehnten schwankende Waage deutlich neigt, für oder gegen eine mässige aussenpolitische Öffnung.

Welchen Weg die Schweizer Sicherheitspolitik einschlägt, – sie muss für unterschiedliche Szenarien taugen. Stark erwärmen kann sich auch das sicherheitspolitische Klima. Ruhe wird in den kommenden Jahren kaum herrschen. Stürme indes könnten losbrechen. Entsinnen wir uns der Horrorszenarien, wie sie 2006 während des Libanonkrieges locker herumgeboten wurden und im nuklearen Schlagabtausch zwischen Iran und Israel gipfelten! Niemand würde sie heute als wahrscheinlich einstufen, doch wer kann sie von der Hand weisen?

Vor diesem Hintergrund sollen die hier wiedergegebenen Beiträge sicherheitspolitische Grundsatzdiskussionen beleben helfen. Sie versuchen, das Feld abzustecken, worin sich die schweizerische Sicherheitspolitik ihren Kurs suchen muss.

Wehrpflicht und Milizarmee?

Einen ersten Schwerpunkt bildet das Wehrsystem.

Im Überblick stellt Dr. Heiko Borchert dar, welche «Streitkräfte-Entwicklungen» europäische Länder prägen.

Danach schildert Dr. Karl Haltiner, Professor der ETHZ und der Militärakademie, das Modell der «Freiwilligen Miliz». Niemand und schon gar nicht der überzeugte Milizmajor Haltiner gedenkt hier anzurenken gegen das vertraute Milizsystem, eine Säule unseres Wehrwesens und unserer Gesellschaft, wie wir einander zu jeder Feierstunde versichern. Der Soziologe indes verfolgt seit Jahren mit Sorge, wie die Eliten auseinanderdriften und die Bereitschaft schmilzt, sich in den, verglichen mit dem gewohnten Leben, eher unbequemen Militärdienst ausgiebig persönlich einzubringen, zumal eine Militärkarriere bedeutend weniger Ansehen verheisst als in vergangenen Jahrzehnten. Die Frage nach den Folgen der Entwicklung, wenn sie sich denn fortsetzt, verfolgt den Militärsoziologen seit seiner Laufbahn. Unabhängig von politischen Einflüssen feilte er das Modell für eine künftige Schweiz zurecht. Es erfüllt mit grossem Respekt, wie hier ein Wissenschaftler auf einem politisch heiklen Feld Vorsorge trifft, damit die Schweiz allenfalls zu gegebener Zeit dem hohen Anspruch genügt: «Gouverner, c'est prévoir.»

Die «Freiwillige Miliz» verkörpert vielleicht in einigen Jahren eine denkbare Alternative zu unserem vertrauten System. Ganz neu zu erfinden brauchen wir sie nicht. Sie hat sich in den USA bei der National Guard bewährt. Der gegenwärtige amerikanische Gast unserer Militärakademie, Major Thomas Patrino, skizziert diese Organisation.

Bündnispolitischer Spielraum

Da geht es wieder nicht um den Inhalt der künftigen Schweizer Bündnispolitik, sondern um ihren absehbaren Spielraum.

Dr. Uroš Svete, Dozent der Universität Ljubljana, zeigt an Sloweniens Beispiel, was gegenwärtig «Nato-Kompatibilität» bedeutet. Um eine Erkenntnis vorwegzunehmen: Selbst wer früher mit einem Beitritt liebäugelte, würde sich kaum über die heute dafür geltenden Kriterien freuen.

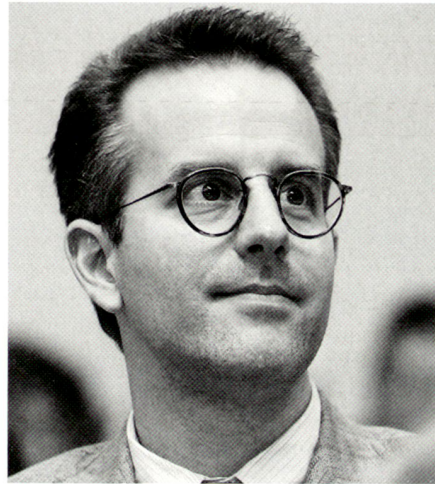
Der Winterthurer Nationalrat Jürg Stahl sucht eine Antwort auf die Frage «Können wir uns militärische Eigenständigkeit noch leisten?». Sie fällt differenziert aus. ■

Streitkräfteentwicklung in Europa

Die Transformation der Streitkräfte ist die Antwort auf das neue Sicherheitsumfeld, das flexibel und schnell einsetzbare Streitkräfte erfordert, die in einem breiten Aufgabenspektrum agieren können. Im Zentrum der Bemühungen steht der Aufbau eines ressortübergreifenden und vernetzten Informations-, Führungs- und Wirkungsverbundes.

Heiko Borchert

Streitkräfte sind ein Instrument der politischen Einflussnahme – in den Regionen, in denen sie zur Wiederherstellung von Frieden und Stabilität eingesetzt werden, genauso wie gegenüber befreundeten Nationen. In beiden Fällen soll die Ausrichtung der Streitkräfteentwicklung auf ein bestimmtes Ambitionsniveau die politische Mitsprache ermöglichen. Das setzt voraus, dass die Streitkräfte konsequent einsatzorientiert sind, auf Multinationalität und Streitkräftegemeinschaft ausgerichtet sowie zur Vernetzung und zur ressortübergreifenden Zusammenarbeit befähigt werden.



Dr. Heiko Borchert. Foto: Schönenberger

Unzureichende Einsatzfähigkeit nach 1990

Die Anforderungen an militärische Beiträge des internationalen Krisenmanagements, die NATO, EU und UNO an die nationalen Streitkräfte stellen, wurden seit dem Ende des Kalten Krieges deutlich erhöht. Ausschlaggebend dafür war die Tatsache, dass die Mehrzahl der verfügbaren Streitkräfte der NATO- und EU-Staaten nach 1990 kaum für internationale Aufgaben einsetzbar war.

In EU und NATO wurden seither die zentralen europäischen Fähigkeitsdefizite identifiziert sowie Programme lanciert, um diese durch multinationale Zusammenarbeit zu beheben. Gleichzeitig fand in den meisten europäischen Ländern eine strukturelle Reform der Streitkräfte statt, die sich im Übergang von der Wehrpflicht zur Berufsarmee, der Erhöhung des Anteils ein-

satzfähiger Truppenelemente und zum Teil auch im organisatorischen Umbau der Verteidigungsministerien und der militärischen Hauptquartiere niederschlug.

Internationales Aufgabenspektrum

Internationale Einsätze sind für die meisten Armeen Europas struktur- und fähigkeitsbestimmend. Das internationale Aufgabenspektrum umfasst dabei die kollektive Verteidigung, das Krisenmanagement sowie Assistenz- und Rettungseinsätze.

Das Einsatzspektrum des internationalen Krisenmanagements wurde in den letzten Jahren deutlich ausgebaut und umfasst heute insbesondere

- Operationen zum Zweck der Intervention oder Friedenserzwingung, der Stabilisierung oder des Wiederaufbaus,
- die präventive Entsendung militärischer Einheiten zur Konfliktverhinderung,
- die Überwachung und erforderlichenfalls Durchsetzung von Waffenstillstandsabkommen oder Sanktionen sowie
- die Kontrolle von Einsatzräumen.

Vor allem die letzten beiden Aufgabengebiete stehen auch in direktem Zusammenhang mit dem Einsatz militärischer Kräfte zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus.

Darüber hinaus ist zu beobachten, dass mögliche militärische Beiträge zur Sicherstellung der Rohstoff- und Energieversorgung und zur Sicherung strategisch wichtiger Transportwege an Bedeutung ge-

winnen. Dabei zeichnen sich zwischen NATO und EU allerdings unterschiedliche Ansätze ab. Die NATO diskutiert mit Unternehmen der Erdölwirtschaft sowie mit wichtigen Förder- und Transitländern mögliche Formen der Unterstützung, während die sich erst herausbildende EU-Energieaussenpolitik bislang kaum Bezüge zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) aufweist.¹

Spätestens nach den Terroranschlägen in London und Madrid sowie den jüngsten Naturkatastrophen wird schliesslich auch der nationale und der innereuropäische Einsatz der Streitkräfte verstärkt diskutiert. Hier hat sich europaweit noch kein einheitlicher Trend herausgebildet, denn die Rahmenbedingungen für den nationalen und den innereuropäischen Streitkräfteeinsatz sind sehr unterschiedlich. Es zeichnet sich allerdings ab, dass die Streitkräfte in vielen europäischen Ländern kaum spezifische Fähigkeiten für nationale Aufgaben vorhalten, sondern diese nur dann bereitstellen, wenn sie über die Anforderungen aus den internationalen Einsätzen abgedeckt werden können.

Einsatzfähigkeit

Ziel der Streitkräfteentwicklung ist die Steigerung der Einsatzfähigkeit. Dabei geht es um den quantitativen Ausbau effektiv einsatzfähiger Truppenteile und um die qualitative Weiterentwicklung vorhandener Fähigkeiten.

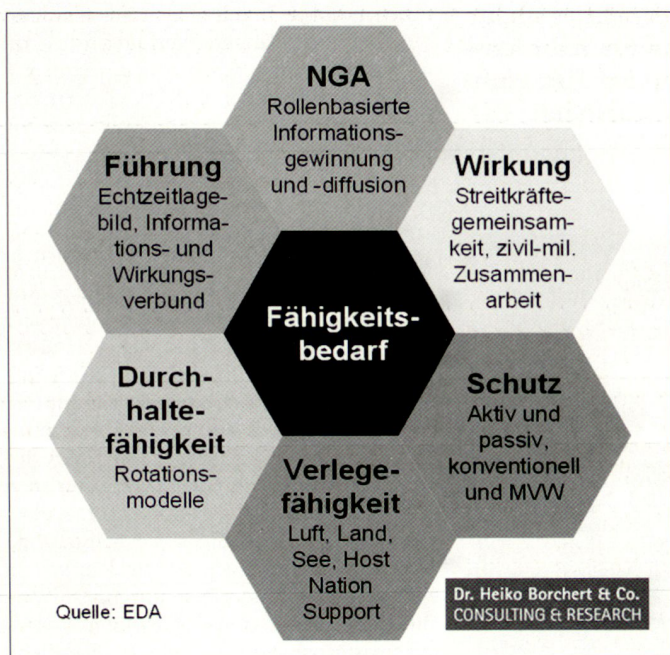
Quantitativ liegt der Fokus auf der Erhöhung des Anteils der Streitkräfte, die für internationale Einsätze jederzeit zur Verfügung stehen sollen. Die NATO Comprehensive Political Guidance sieht vor, dass 40 Prozent der Landstreitkräfte für internationale Einsätze strukturiert, vorbereitet und ausgerüstet sein sollen. Acht Prozent der Landstreitkräfte sollen jederzeit für internationale Einsätze zur Verfügung stehen.² Nach Berechnungen der Europäischen Verteidigungsagentur werden diese Werte erst ansatzweise erreicht.³

Darüber hinaus wurden die Vorgaben für die Reaktionszeiten wesentlich verkürzt: So sollen z. B. die ersten 5000 Soldaten der NATO Response Force (NRF) innerhalb von 5 Tagen, die EU Battlegroup innerhalb von 15 Tagen nach dem Entsendebeschluss der politischen Spitzengremien eingesetzt werden können. Das erfordert, dass alle vorbereitenden Massnahmen bereits abgeschlossen und die vorgesehenen Kräfte einsatzfähig sind. Angesichts dieser kurzen Fristen stehen vor allem jene Länder, in denen die Parlamente an der Entscheidung über militärische Auslandseinsätze beteiligt sind (z. B. Deutschland), vor der Notwendigkeit, ihre politischen Entscheidungsverfahren zu überprüfen.

¹Tom Bergin, "NATO eyes naval patrols to secure oil facilities", The Scotsman, 14. Mai 2007 <<http://news.scotsman.com/latenews.cfm?id=748442007>> (Zugriff: 3. Juli 2007); Keynote address by NATO Secretary General Jaap de Hoop Scheffer at the EAPS Security Forum, Ohrid, 29 June 2007, <<http://www.nato.int/docu/speech/2007/s070629b.html>> (Zugriff: 3. Juli 2007); Heiko Borchert und Karina Forster, "EU and NATO must work together to guarantee energy infrastructure security and to define the role of soft vs hard power", Security Europe, March 2007, S. 6–8.

²Comprehensive Political Guidance, 29. November 2006, Para. 13, <<http://www.nato.int/docu/basicext/b061129e.htm>> (Zugriff: 3. Juli 2007).

³Quelle: EDA, National Defence Expenditure in 2005, Brüssel, 24. Januar 2007, S. 23–24, <<http://www.eda.europa.eu/WebUtils/downloadfile.aspx?fileid=158>> (Zugriff: 3. Juli 2007).



Die qualitativen Anforderungsveränderungen ergeben sich aus dem beschriebenen Aufgabenspektrum. Von zentraler Bedeutung für international einsatzfähige Streitkräfte sind vorab

- die Führungsfähigkeit inklusive Nachrichtengewinnung und Aufklärung sowie Information und Kommunikation,
- die Verlegefähigkeit und die Mobilität im Operationsgebiet,
- die Erhöhung der Wirksamkeit im Einsatz durch Steigerung der Leistungsfähigkeit der Wirkmittel bei Verbesserung des individuellen und kollektiven Schutzes (gegen Massenvernichtungswaffen genauso wie gegen Mörser, Sprengfallen oder Heckenschützen) sowie erhöhter Selektivität der eingesetzten Wirkmittel,
- der Ausbau der multinationalen Logistik und die Stärkung der Durchhaltefähigkeit.

Multinationalität, Streitkräfte-gemeinsamkeit und Vernetzungsfähigkeit

Von wenigen Ausnahmen wie Evakuierungsoperationen abgesehen, werden die meisten Aufgaben von den Streitkräften heute im multinationalen Verbund erfüllt. Diese an sich nicht neue Erkenntnis wird seit Ende der 90er-Jahre zusätzlich verstärkt durch den Trend zur vernetzten Operationsführung und die damit verbundene konsequente Ausrichtung auf Streitkräfte-gemeinsamkeit.

Kern der vernetzten Operationsführung ist der Aufbau eines umfassenden Informations-, Führungs- und Wirkungsverbundes durch die Vernetzung aller Sensoren, Wirkmittel und Entscheider über alle Führungs-

ebenen hinweg. Der Nutzen, den die Streitkräfte einer Nation im Zeitalter der vernetzten Operationsführung für multi-nationale Operationen erbringen, hängt massgeblich vom Grad ihrer Integration in diesen umfassenden Verbund ab.

Vernetzungsfähigkeit bezieht sich dabei auf alle relevanten Dimensionen der Streitkräfteentwicklung (z. B. Doktrin, Organi-sation, Ausbildung, Material und Personal), die Zusammenarbeit der eigenen Teilstreitkräfte (Joint) und die Kooperation mit alli-ierten Streitkräften (Combined) sowie mit zivilen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren. Diese Vernetzungsfähigkeit ist eine Kernanforderung an moderne Streitkräfte. Durch die Vernetzungsfähigkeit wer-den alle anderen militärischen Fähigkeiten in ihrer Wirkung potenziert. Fehlt jedoch die Vernetzungsfähigkeit, sinkt der militäri-sche und politische Nutzen der Streitkräfte dramatisch.

Ressortübergreifende Zusammen-arbeit und Wirkungsorientierung

Ob der Einsatz militärischer Mittel die beabsichtigte Wirkung erzielt, hängt im ge-genwärtigen Sicherheitsumfeld nur noch zum Teil von rein militärischen Faktoren ab. Viel relevanter ist die Einbettung militä-rischer Wirkmittel in umfassende Konzep-te, die auch nicht-militärische Wirkmittel wie die Entwicklungshilfe, den Einsatz der Polizei, Massnahmen zur Stärkung der gu-ten Regierungsführung berücksichtigen.

Auf die Notwendigkeit der ressort-übergreifenden Zusammenarbeit hat die NATO mit dem Ansatz der wirkungs-orientierten Operationsführung (Effects-

Based Approach to Operations, EBAO/ EBO) reagiert. Die EU verfolgt mit der CivilMilitary Coordination (CMCO) eine ähnliche Stossrichtung und hat hierfür un-ter anderem im Europäischen Militärstab eine zivil-militärische Planungszelle einge-richtet.

Fazit

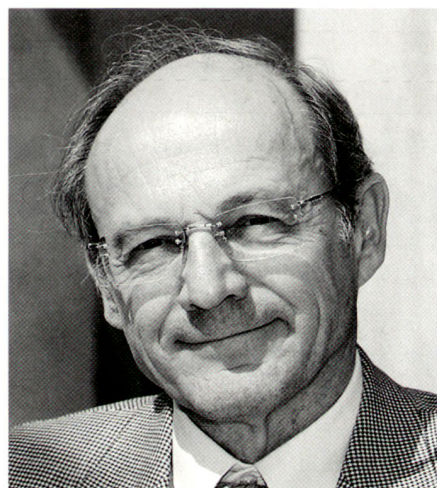
Die Streitkräfteentwicklung im europä-ischen Umfeld ist auf Verbesserung der Einsatzfähigkeit für internationale Aufga-ben im Bereich des Krisenmanagements ausgerichtet. Dieser Prozess umfasst zum einen die Notwendigkeit, bestehende mili-tärische Defizite zu beheben. Zum anderen geht es immer stärker darum, militärische Wirkmittel in einem gesamtstaatlichen An-satz mit anderen politischen Instrumenten zu vernetzen. Die Realisierung eines ver-netzten Sicherheitsansatzes stellt langfristig die zentrale Herausforderung dar, denn gegenwärtig sind die nationalen und inter-nationalen Sicherheitsinstitutionen noch nicht dementsprechend strukturiert. Sie müssen daher umgebaut werden. ■

Welche künftige Armee für die Schweiz?

Wer über den Tellerrand der Aktualität hinausblickt, übersieht es nicht: Verschiedene Einflüsse, innere und äussere, könnten gemeinsam die vertraute und bewährte Kombination von allgemeiner Wehrpflicht und Miliz ins Wanken bringen, vielleicht rascher als wir uns heute vorstellen. Für diesen Fall gilt es, bereit zu sein, rechtzeitig die nötigen Überlegungen anzustellen – und Vorbereitungen zu treffen.

Karl W. Haltiner

Von de Gaulle stammt der Satz: *«Il faut construire l'armée de nos besoins, pas de nos habitudes!»*. Als Folge der gewandelten Bedrohungslage ist die territoriale Verteidigung, die zahlenmässig grosse Massenheere auf der Basis der Wehrpflicht rechtfertigte, im europäischen Raum auf absehbare Zeit zur nachrangigen Aufgabe geworden. In den Vordergrund gerückt sind Aufgaben, die im militärischen Sinne nicht als herkömmlich zu bezeichnen sind, so polizeiartige Stabilisierungsinterventionen auf der überstaatlichen, internationalen Ebene oder Verwendungen für die Innere Sicherheit. Die Hälfte der europäischen Länder haben im Zuge der Neuausrichtung, Umstrukturierung und Verschlanung ihrer Streitkräfte und dem dabei innenpolitisch brisant steigenden Grad an Wehrungerechtigkeit die Wehrpflicht suspendiert und auf Freiwilligenrekrutierung umgestellt.



Karl W. Haltiner.

Foto: Schönenberger

wirtschaftlichen Kosten mobilisiert werden. Die Frage, wie unter weitgehender Wahrung der Schweizer Wehrtradition die Militärstrukturen aufgabeneffektiver und kostengünstiger organisiert werden und dafür ein Verfassungskonsens erzielt werden könnte, dürfte innenpolitisch an Bedeutung gewinnen.

«Nein!» zur Berufsarmee

Unter der Voraussetzung, dass die Schweiz weiterhin an ihrer neutralitätsbasierten defensiven Aussenpolitik festhält und kein Militärbündnis anstrebt, drängt sich eine Berufsarmee kaum auf. Sie stünde der eigenen Wehrtradition in fast jeder Hinsicht entgegen. Zudem sind die von europäischen Staaten mit ihr gewonnenen Erfahrungen nicht ermutigend.

Aber gäbe ein stehendes Heer mit durchdienenden Wehrpflichtigen oder eine Freiwilligenmiliz mit einem gegenüber heute erweiterten Präsenzkern nicht die bessere Lösung ab? Das stehende Wehrpflichtheer und die Freiwilligenmiliz enthalten beide Elemente, die offensichtlich der schweizerischen Tradition in hohem Masse entsprechen.

Stehendes Wehrpflichtheer problematisch

Das stehende Wehrpflichtheer bietet den grossen Vorteil, den neuen Ansprüchen

durch erhöhte Bereitschaft und, allerdings nur begrenzt, längere Verfügbarkeit von grösseren Truppenbeständen zu genügen. Mit der Einführung von Zeitsoldaten und Durchdienern im Konzept «Armee XXI» hat die Schweiz ihr Militärwesen gerade aus Gründen der erhöhten Bereitschaftsfähigkeit dem europäischen Standardmodell des Wehrpflichtheeres partiell angenähert. Die Wehrpflicht ist in der Schweiz in der Verfassung verankert, eine diesbezügliche Änderung wäre nicht vonnöten. Allenfalls wäre die Bundesverfassung in Artikel 58 Absatz 1, der das Milizprinzip als Grundsatz vorsieht, anzupassen. Anzunehmen ist ferner, dass unter einem Durchdienerobligatorium für alle Pflichtigen sich die benötigte Zahl an Freiwilligen für Auslandseinsätze leichter fände als unter den heutigen Bedingungen, sofern die gesetzlichen Grundlagen hier angepasst würden.

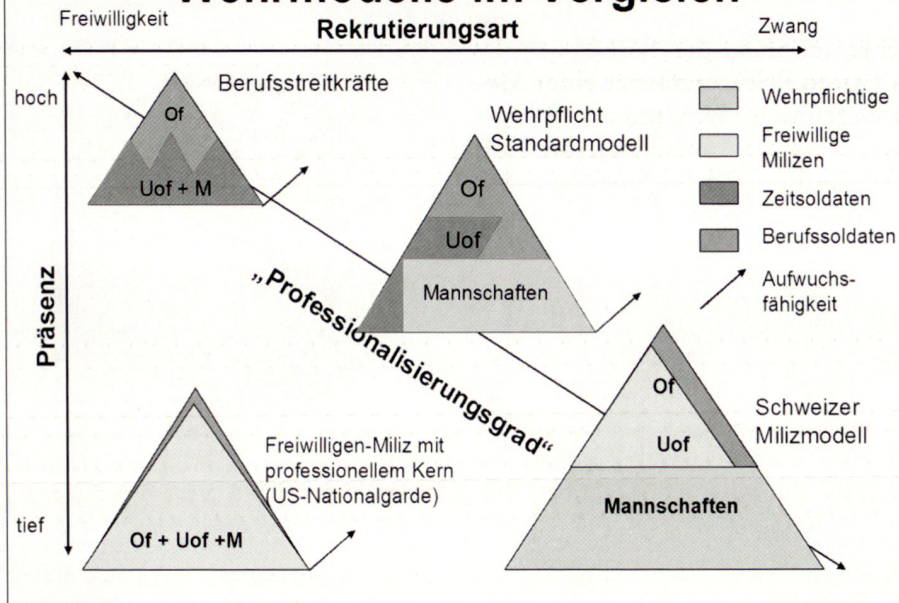
Als entscheidender Nachteil eines Wehrpflichtmodells nach europäischem Muster wäre wohl zu werten, dass das Milizkader bestenfalls noch im subalternen Bereich wirken könnte, eine weitgehende Professionalisierung des militärischen Führungssystems mittels Berufs- und Zeitsoldaten unumgänglich würde. Die Beteiligung der Bürgerschaft in Militärangelegenheiten würde im Wesentlichen auf die Mannschaftsstufe beschränkt, die Attraktivität der militärischen Dienstleistung demotivierend gesenkt. Da die Identität der Miliz sich wesentlich vom Milizkadersystem herleitet, wiegt dieser Nachteil unter dem Gesichtspunkt der gesellschaftlichen Legitimierung der Armee in der Schweiz schwer. Angesichts der politischen Bedeutung, die der Wehrgerechtigkeit in der Schweiz traditionell zukommt, könnte ein Übergang zum Wehrpflichtsystem, in dem alle Pflichtigen durchdienen, nur auf der Basis der Beibehaltung einer allgemeinen Wehrpflicht, und nicht etwa einer selektiven, vollzogen werden. Dabei wäre mit weiteren Nachteilen zu rechnen: Erstens würden demografische Faktoren auch weiterhin den Armeeumfang wesentlich diktieren. Zweitens dürften sich Probleme mit Dienstunwilligen eher verschärfen, die Frage der Wehrgerechtigkeit dadurch innenpolitisch an Brisanz gewinnen.

Im Vergleich zum heutigen Milizsystem verspricht das Modell des «stehenden» Wehrpflichtheeres trotz sinkendem Armeebestand prima vista kaum grosse Sparpotenziale, insbesondere weil das heutige Milizkadersystem durch ein Zeit- und Berufssoldatensystem zu ersetzen wäre. Auch bliebe das Problem der fehlenden Kostenvorteile erhalten.

Freiwilligenmiliz als Ausweg?

Das System der Freiwilligenmiliz kommt der schweizerischen Miliztradition,

Wehrmodelle im Vergleich



Wehrsysteme im Vergleich.

Grafik: Karl W. Haltiner

nämlich der Ermöglichung eines nebenberuflichen Engagements der Bürgerschaft für das Gemeinwesen, vergleichsweise am besten entgegen. Es entspräche weitgehend dem bestehenden Milizsystem, freilich mit ruhender oder allenfalls reduzierter Wehrpflicht. Die Möglichkeit, Milizkadern bis in höchste Verwendungsstufen eine Karrierechance zu bieten, bliebe erhalten und mit ihr die gesellschafts- und kontrollpolitisch wichtige Verzahnung von ziviler und militärischer Elite. Dem Milizwesen käme weiterhin die Rolle eines Bürgerleitbildes zu. Dies möglicherweise sogar glaubwürdiger als heute, weil die Beteiligungschancen für die weibliche Bevölkerung (und allenfalls für die niedergelassene ausländische Wohnbevölkerung) denen der männlichen Bürgerschaft angeglichen würde. Fragen der Dienstmotivation und der Wehrgerechtigkeit würden sich nicht mehr stellen. Anders als im Ausland sind der schweizerischen Wirtschaft, die von der Aufhebung der Wehrpflicht profitieren würde, die temporäre Abwesenheit von Angestellten für militärische Dienste und der entsprechende rechtliche Arbeitnehmerschutz nicht fremd. Zugleich lässt sich die zivil erworbene Fachkompetenz in diesem Wehrmodell vergleichsweise am besten nutzen, dies u. a. deswegen, weil die Altersgrenzen der Beteiligung nach unten und oben flexibel gehandhabt werden können. Letzteres erlaubt zugleich eine im Vergleich zum System des stehenden Wehrpflichttheeres flexible Bestandessteuerung. Auch ist die Gefahr, dass die Freiwilligenmiliz zu einem Sammelbecken für sozial Unterprivilegierte verkommt, anders als bei Berufsarmeen, geringer, weil man ihr nur nebenberuflich, nicht vollzeitlich angehört. Dieser Gefahr kann mit einem geeigneten Selektions- und Anreizsystem, das nicht nur materielle,

sondern auch immaterielle Elemente berücksichtigt, zudem begegnet werden. Anzunehmen ist schliesslich, dass Angehörige dieser Freiwilligenmiliz durchaus in hohem Masse dazu bereit wären, Dienste auch im Ausland zu absolvieren.

Die Freiwilligenmiliz hat hingegen den gravierenden Nachteil der tiefen Präsenz und Verfügbarkeit. Sie müsste deshalb um einen gegenüber heute womöglich erweiterten Kern an Berufs- und Zeitsoldaten ergänzt werden, der als organisatorisches Rückgrat der Miliz zu funktionieren hätte (Führung, Ausbildung, Bereitschaftselemente). Er hätte überdies die Wahrung und Fortentwicklung militärischer Schlüsselkompetenzen zu gewährleisten, wie das ähnlich schon heute der Fall ist. Die Grösse dieses Kerns würde sich über den Bedarf an Instruktionspersonal für die Miliz einerseits und Stand-by-Aufgaben andererseits bestimmen. Der Miliz käme aber keineswegs bloss der Status einer zweitklassigen Reserve zu, sofern die Wiederholungskurse, wie in der heutigen Armee weithin üblich, der Instruktion und dem Einsatz dienen. Der Freiwilligenmiliz käme zudem die Aufgabe zu, im Falle einer notwendig werdenden Wiedereinführung der Wehrpflicht als Kadern zu dienen. Wertvolle Erfahrungen mit dem System der Freiwilligenmiliz sind hierzulande im Feuerwehrwesen und im Schweizerischen Katastrophenhilfekorps bereits gemacht worden.

Der Übergang zu einer Freiwilligenmiliz unter Suspendierung der Wehrpflicht lässt sich wahrscheinlich nur über eine Verfassungsrevision realisieren. Dabei wäre zu prüfen, wie weit die Wehrpflicht in reduzierter Form, nämlich als Registrierungs- oder Aushebungspflicht sowie als Pflicht zum Besuch von obligatorischen Informationskursen, beizubehalten wäre. Ebenso

wäre verfassungsmässig die Wiedereinführung der Wehrpflicht im Bedarfsfall vorzusehen.

Aufwandschätzungen für ein Milizsystem ohne Wehrpflicht sind deshalb schwierig, weil sie in hohem Masse davon abhängen, welche Bestände man einerseits für den Berufspersonalkern und andererseits für das freiwillige Milizpersonal anstrebt.

Werden die aufgeführten Vor- und Nachteile militärischer Gestaltungsoptionen unter Berücksichtigung der besonderen schweizerischen Rahmenbedingungen und der politischen Machbarkeit gegeneinander abgewogen, so führt das zum Schluss, dass das System der Freiwilligenmiliz, ergänzt mit einem erweiterten Kern von Berufs- und Zeitsoldaten, allen anderen betrachteten Systemen, der Berufsarmee und dem stehenden Wehrpflichttheer, unter sicherheits- und gesellschaftspolitischen Gesichtspunkten vorzuziehen ist.

Vor diesem Hintergrund entspräche einer vorausschauenden Politik, die Evaluation für die politischen, organisatorischen und zeitlichen Modalitäten der Einführung einer Freiwilligenmiliz anstelle des heute wehrpflichtbasierten Milizsystems unter Beibehaltung einer reduzierten Form von Wehrpflicht umgehend einzuleiten. ■

Die US National Guard – eine erprobte Freiwilligenmiliz

Das Stichwort «National Guard» tauchte schon in der Diskussion des Projektes «Armee XXI» auf; Ständerat Bruno Frick regte mit einer Motion 1999 eine schweizerische National Guard an. – Wenn es nun gilt, vorsorglich zu überlegen, wie ein künftiges Schweizer Wehrsystem aussehen könnte, fällt der Blick zwangsläufig auf dieses während Jahrhunderten erprobte und weiterentwickelte Muster. Major Thomas Patrino, US Army, legte der Tagung vom 12. Mai eine Studie vor, die seine persönliche Auffassung wiedergibt. Darauf fusst zu wesentlichen Teilen dieser Bericht.

Eugen Thomann

Geschichte

Das erste Mal tauchte der Begriff der National Guard am 25. August 1824 auf, und zwar zu Ehren des französischen Marquis de Lafayette, als er in New York eine Milizeinheit besuchte. Denn der General Lafayette hatte in den Anfängen der Französischen Revolution von 1789 selber die «Garde Nationale» organisiert und von Paris nach Versailles geführt.

Ursprünglich dienten die Bürgermilizen dem Schutz der Einwanderersiedlungen vor Indianern, und dafür scheint die Massachusetts Bay Colony 1637 die erste «Militia» aufgestellt zu haben. Die Miliz gilt deshalb als älter denn die regulären Streitkräfte.

Als der Unabhängigkeitskrieg zwischen der englischen Krone und den nordamerikanischen Siedlern ausbrach, leisteten die Milizen einen namhaften Beitrag.

Die Verfassung¹ der Vereinigten Staaten vom 17. September 1787 stellte die Milizen auf eine rechtliche Grundlage. Namentlich weist sie in Artikel I Abschnitt 8 dem Kongress – also dem Bundesparlament – die Befugnis zu,

■ «Vorkehrungen für das Aufgebot der Miliz zu treffen, um den Bundesgesetzen Geltung zu verschaffen, Aufstände zu unterdrücken und Invasionen abzuwehren;

■ Vorkehrungen zu treffen für Aufbau, Bewaffnung und Ausbildung der Miliz und die Führung derjenigen ihrer Teile, die im Dienst der Vereinigten Staaten Verwendung finden, wobei jedoch den Einzelstaaten die Ernennung der Offiziere und die Aufsicht über die Ausbildung der Miliz nach den Vorschriften des Kongresses vorbehalten bleiben».

Für Bundeseinsätze regelt Artikel II Abschnitt 2 die Kommandoverhältnisse: «Der Präsident ist Oberbefehlshaber der Armee und der Flotte der Vereinigten Staaten und der Miliz der Einzelstaaten, wenn diese zur aktiven Dienstleistung für die Vereinigten Staaten aufgerufen wird;...».

¹Die folgenden Verfassungszitate übernehmen die offizielle Übersetzung von www.usa.usembassy.de.

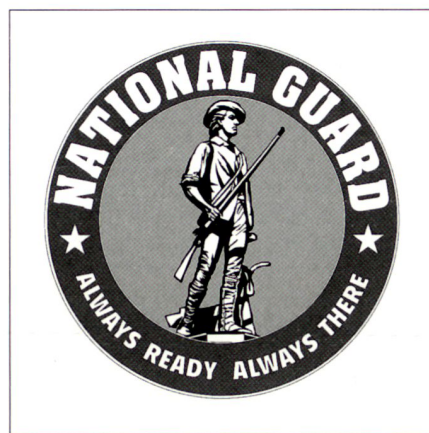
Der 1791 beschlossene 2. Zusatzartikel der amerikanischen Verfassung – das Second Amendment – unterstreicht die Bedeutung der Milizen, indem er einen direkten Zusammenhang zum Individualrecht auf Waffentragen herstellt: «Da eine wohl organisierte Miliz für die Sicherheit eines freien Staates notwendig ist, darf das Recht des Volkes, Waffen zu besitzen und zu tragen, nicht beeinträchtigt werden.»

Aus den Kriegen des 19. Jahrhunderts sind die Milizen nicht wegzudenken. Sie stellten die Mehrheit der Kämpfer 1846 im Krieg gegen Mexiko, im nordamerikanischen Bürgerkrieg der Jahre 1861 bis 1865 auf beiden Seiten und 1898 im Krieg gegen Spanien. Sie übertrafen mit ihren Beständen die reguläre Army.

Seit 1903 tragen die Milizen die offizielle Bezeichnung «National Guard». Gleichzeitig empfangen sie den zusätzlichen Auftrag, als Reserve die reguläre US Army zu verstärken, neben der US Army Reserve. Letztere beschränkt sich überwiegend auf Unterstützungsaufgaben.

Im Ersten Weltkrieg stellte die National Guard zwei Fünftel der nach Frankreich entsandten Divisionen.

Vor allem auf den europäischen Schauplätzen des Zweiten Weltkriegs dienten elf Divisionen der National Guard mit rund 190 000 Kämpfern. Sie zeichneten sich aus und notierten mehr Gefechtsstage als die regulären amerikanischen Truppen.



Emblem der US National Guard.

Am 18. September 1947 wurde die Air National Guard gegründet. Gleichzeitig erlangte die reguläre US Air Force, bisher Teil der Army, den Status einer selbstständigen Teilstreitkraft.

Als 1950 kommunistische Truppen Südkorea überfielen und der Koreakrieg ausbrach, dienten 138 000 Angehörige der amerikanischen Nationalgarde unter dem UN-Oberkommando, welches, geführt vom amerikanischen General Douglas MacArthur, zugunsten Südkoreas eingriff.

Während des Vietnamkrieges blieb die National Guard von grösseren Einsatzaufgeboten verschont.

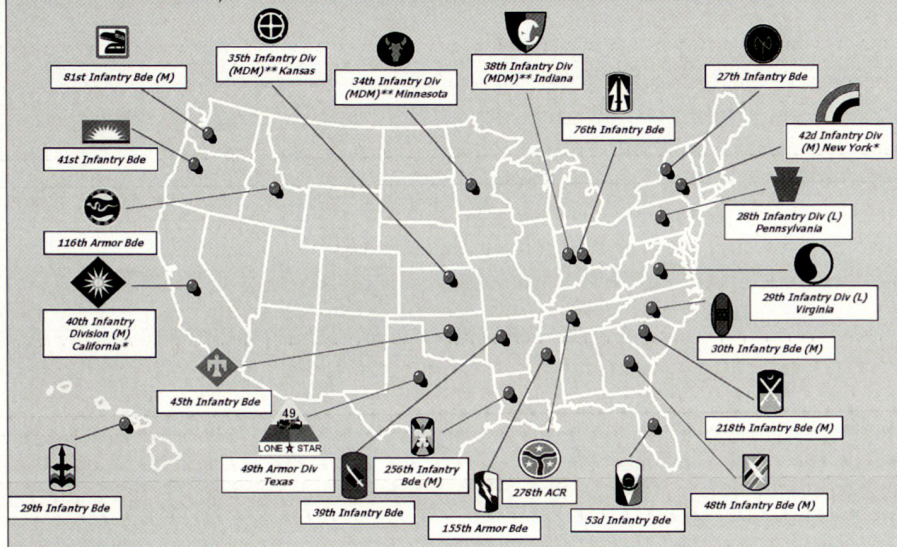
Hingegen brachte das Jahr 1991 einen Grosseinsatz von 75 000 Army und Air Guardsmen in der Operation «Desert Storm», die Kuwait von den irakischen Invasoren befreite.

Nach den Terrorangriffen des 11. September 2001 wirkten über 50 000 Guardsmen auf den Schadenplätzen und bei den Schutzmassnahmen mit, im Auftrag teils der Bundesregierung, teils des zuständigen Gliedstaates.



Nationalgarden des Heeres und der Luftwaffe.

Die National Guard hat 1'832 Einheiten auf 2'700 Standorten in 50 Staaten, 3 Territorien und im District of Columbia.



Jeder Gliedstaat der USA stellt mindestens einen Verband der National Guard.

Grafik: Thomas Patrinicola

Als 2005 der Hurrikan «Katrina» den Süden der USA und vor allem New Orleans verheerte, kamen 125 000 Guardsmen zu einem Grosseinsatz. Inzwischen standen, wie seit dem Feldzug von 2003 üblich, Verbände der National Guard im Irak. Nachträglich entbrannte öffentlicher Streit darüber, ob der Katastropheneinsatz deswegen unter logistischen Engpässen gelitten habe.

National Guard in der Gegenwart

Heute sind in der Army National Guard 350 000 Personen eingeteilt, und zwar in 8 Divisionen zu jeweils 4 Brigaden, 15 selbstständigen Brigaden zu jeweils 4 Bataillonen und 2 Special Forces Groups mit je 3 Bataillonen. Neben Kampfverbänden, die etwas mehr als die Hälfte des Gesamtbestandes ausmachen, dienen die Guardsmen in Unterstützungseinheiten, wie zum Beispiel Militärpolizei- und Transportformationen.

Die Air National Guard vereinigt 106 000 Airmen in 10 Fighter Wings², 84 Squadrons und 1 Special Operations Wing. Zu den fliegenden Verbänden kommen 578 Unterstützungseinheiten.

Nur einen kleinen Kern dieser Bestände bilden Berufssoldaten. Zu den erwähnten Zahlen sind der Vollständigkeit halber Zivilangestellte in verhältnismässig bescheidener Grössenordnung hinzuzurechnen.

Zum Grössenvergleich seien die Bestände der vergleichbaren regulären Verbände herangezogen, ebenfalls mit den Zahlen des Jahres 2005: Die Regular Army wies 482 000, die US Army Reserve 205 000,

die US Air Force 359 000 und die US Air Force Reserve 78 000 Angehörige aus, abgesehen vom Zivilpersonal.

In Organisation, Ausrüstung und Ausbildung schlägt sich der Grundsatz nieder, dass die National Guard als strategische Reserve im Einsatz eine zweite Welle bilden soll. Ausgestattet wird sie darum wie die regulären Formationen; eine Ausnahme gilt für die Air National Guard, welche nicht sämtliche bei der Air Force eingeführten Flugzeugtypen einsetzt.

Im Einsatz fügen sich die Einheiten der Nationalgarde in die Befehlsstruktur des jeweiligen Kriegsschauplatzes.

Dieser Überblick darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Einheiten der Nationalgarde von den 50 Bundesstaaten, den drei US Territories und der Bundeshauptstadt Washington (District of Columbia) gestellt und unterhalten werden, wo sie auch stationiert sind, ausser sie leisteten gerade anderswo einen Bundeseinsatz.

Einzig die Staaten New York und Maryland unterhalten kleine Marineverbände.

Doppelter Auftrag der National Guard

Im Normalfall untersteht die Nationalgarde eines jeden Gliedstaates oder Territoriums dem Gouverneur. In seinem Auftrag befehligt sie ein «Adjutant General» des Staates oder Territoriums. Er verantwortet die Bereitschaft seiner Verbände und setzt sie ein zur Katastrophenhilfe und bei Naturereignissen wie Waldbränden oder Überschwemmungen. Sie erfüllen mitunter polizeiliche oder polizeiähnliche Aufgaben wie unfriedlichen Ordnungsdienst oder Objektschutz, dies vor allem seit 2001. Dabei schirmen sie auf gliedstaatliches Geheiss wichtige zivile und militärische Ob-

jekte ab, selbst wenn diese der Bundesregierung unterstehen. Die Liste der Objekte umfasst beispielsweise Kernkraftwerke und Basen der regulären US Air Force.

Der Präsident der USA ist befugt, Einheiten der National Guard dem Bundesbefehl zu unterstellen («to federalize»). Das geschieht vor allem zugunsten grösserer kriegerischer Operationen. Seit 2005 kann die Bundesregierung Einheiten der National Guard bis zu zwei Jahre lang in Übersee stationieren; vorher galten acht Monate als Höchstdauer. Dem Präsidenten steht im Notfall selbst zu, Truppen der National Guard für Ordnungsdienst oder für die Bundesexekution gegen eine, sogar die eigene widerspenstige Gliedstaatsregierung aufzubieten. Davon machte Präsident Kennedy 1963 gegen Alabama Gebrauch, als dort Rassenunruhen ausbrachen.

Im Sommer 2006 bot die Bundesregierung aufgrund eines mit den Gouverneuren von Arizona, Kalifornien, New Mexico und Texas ausgehandelten Abkommens 6000 Nationalgardisten auf, damit sie an der mexikanischen Grenze die Bundesgrenzpolizei verstärken, ohne selber unmittelbar polizeilichen Zwang anzuwenden; diese Operation «Jump Start» soll die Zeit überbrücken, bis die Grenze stärker befestigt und die Grenzpolizeibestände ausgebaut sind.

Nationalgardisten nehmen an friedenserhaltenden Operationen teil. Die offizielle Geschichte der National Guard nennt Somalia, Haiti, Saudi Arabien und Kuwait, Bosnien und Kosovo.

Natürlich überschattet der fortdauernde Irakkrieg alles. Falls ein Guardsman bisher nicht wenigstens einen Dienstoffizier im Mittleren Osten geleistet hat, steht ihm das bald bevor.

Ausbildung der National Guard

Die von den regulären Streitkräften Übertretenden bilden bei der National Guard die grosse Mehrheit. Alle anderen bestehen die gleiche Grundausbildung, wie sie die regulären Streitkräfte pflegen. Sie zerfällt in eine Basisausbildung und einen funktionsbezogenen Teil. Dazwischen ist ein Unterbruch möglich, falls der Beruf oder die Berufsausbildung den erfordern.

Solange jemand der National Guard angehört, verbringt er jeden Monat ein Wochenende und jährlich zwei Wochen beim Training und mit Übungen.

Teile des Trainings gehen im kalifornischen Fort Irwin vonstatten, wo das National Training Center moderne Simulatoren und computergestützte Einrichtungen anbietet.

²«Wing», englisch «Flügel», bezeichnet in den angelsächsischen Streitkräften einen fliegenden Grossverband.

Stärken und Schwächen

Wesentliche Stärken dieser Freiwilligenmiliz liegen auf der Hand:

■ Das Vorhandensein einer verhältnismässig rasch bereiten Reserve ermöglicht den Vereinigten Staaten, sich mit kleineren regulären Streitkräften zu begnügen.

■ Den Gliedstaaten verschafft sie neben der Polizei ein zweites Macht- und Hilfsmittel, welches je nach Bedarf auch dem Bund zugute kommt.

■ Das System erweist sich als attraktiv, selbst unter der gegenwärtig sehr hohen Belastung, verursacht vom Irakkrieg. Es finden sich immer Freiwillige, denen keine goldenen Berge winken. Nationalgardisten beziehen dauernd einen monatlichen Sold von wenigstens 200 US-Dollar. Dazu vergüten manche Gliedstaaten zivile Ausbildungskosten in erheblichem Ausmass.

■ Wie jede Miliz ermöglicht die National Guard die Doppelfunktion des Bürgersoldaten. Schweizer Lesern braucht man deren Vorteile nicht eingehend zu erläutern. Darum soll hier genügen, dass die Miliz einerseits die Streitkräfte in der Bevölkerung verankern hilft und diesen andererseits das Nutzen zivil erworbener Kenntnisse und Erfahrungen gestattet.

Von den Schwächen ist die erste – hoffentlich – zeitbedingt und nicht auf Dauer wirksam:

■ Solange die USA einen grösseren Konflikt irgendwo auf der Welt militärisch ausfechten, bildet der blutige Ernstfall keine entfernt denkbare Möglichkeit, werden

vielmehr dem einzelnen Nationalgardisten sogar zahlreiche gefährliche Einsätze zugemutet, weit entfernt von Beruf und Familie. Auf Dauer schwächt das natürlich die Anziehungskraft des Systems.

■ Selbst sorgfältige und intensive einsatzbezogene Ausbildung gleicht nicht ganz aus, dass sich der Nationalgardist insgesamt mit geringeren Trainingsmöglichkeiten begnügen muss.

■ Fallen bundes- und gliedstaatlicher Bedarf zeitlich zusammen, so entstehen aus der doppelten Verwendungsmöglichkeit zwangsläufig Konflikte. Gegenwärtig, wo die Streitkräfte der USA auf mehreren Kriegsschauplätzen bis aufs Äusserste beansprucht sind, kann vorkommen, dass die Hälfte der National Guard eines einzelnen Gliedstaates «federalized» ist, also nicht zur Verfügung steht, wenn es zu Hause brennt. Wie der Hurrikan «Katrina» blosslegte, schwindet bei einer solchen Inanspruchnahme vor allem die logistische Bereitschaft überproportional.

Offen bleiben mag, ob die Kosten auf Seiten der Stärken oder der Schwächen einzuordnen sind. Immerhin sagt ein Vergleich – mag er noch so hinken – allerhand aus: Die Army National Guard kostet den amerikanischen Steuerzahler derzeit jährlich 4,8 Milliarden US-Dollar, während die zusammen doppelt so starken Regular Army und Army Reserve 25 Milliarden verschlingen. Für die Air Force National Guard weist der Haushalt 5,3 Milliarden aus, derweil die Air Force und deren Reserve 31 Milliarden beanspruchen. ■

Umriss eines künftigen schweizerischen Wehrsystems

Die Frage «Wie weiter, wenn wir die bewährte Milizarmee umbauen müssen?» wäre als Titel zu umständlich, beschreibt indes den Gegenstand genau. Zwei prominente Sicherheitspolitiker, Ständerat Dr. Hermann Bürgi von der Schweizerischen Volkspartei und Nationalrat Dr. Paul Günter von der Sozialdemokratischen Partei, bildeten mit zwei Wissenschaftlern, Professor Dr. Karl W. Haltiner und Dr. Heiko Borchert, und zwei Militärfachleuten, Divisionär Heinz Aschmann und US Major Thomas Patrinoicola, ein Podium, um sich diesem Thema zu widmen, teilweise unter Einbezug des fachkundigen Publikums.

Eugen Thomann

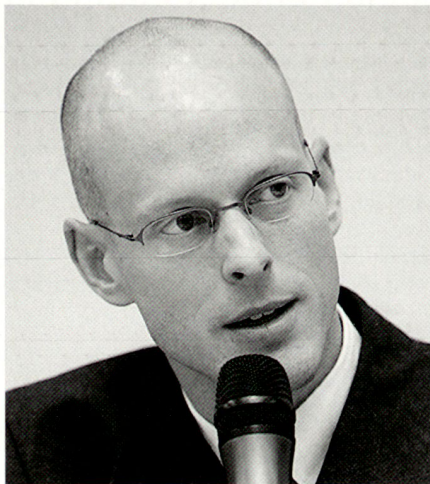
Sicherheitspolitisches Malaise

Hermann Bürgi prägte den Begriff, und niemand widersprach. Denn die Sicherheitspolitik geniesst bei weitem nicht den ihr gebührenden Stellenwert. Sie kümmert sich um eine Grundvoraussetzung des funktionsfähigen Staates. Verglichen mit anderen Sachbereichen, vermag sie wenige zu interessieren. Das verwundert umso mehr, als Fragen der Sicherheit die Zeitgenossen im Alltag sehr beschäftigen.

Die – seltene – Gelegenheit, eine Grundsatzdiskussion zu führen, wurde rundum geschätzt. Veränderungen kündigen sich an und fordern die Beweglichkeit des Denkens heraus. Denn, wie Hermann Bürgi den Generalinspekteur der deutschen Bundeswehr zitierte, General Wolfgang Schneiderhan: Wir haben die Wahl zu warten, ob sich die Welt uns anpasst, oder uns der Welt anzupassen.

Feststellungen zur heutigen Milizarmee

Obwohl die jetzige Armee und ihre nächsten Entwicklungsschritte nicht Gegenstand des Gesprächs bildeten, fielen ein



Major Thomas Patrinoicola, US Army.

paar Bemerkungen, die das Thema nicht nur streifen.

Sicherheitspolitische Diskussionen schlagen sich unmittelbar im Befinden und in der Motivation einer echten Volksarmee nieder. Vor allem im Kader breitet sich nicht ohne Grund das Gefühl aus, die Armee werde auf problematische Weise immer wieder in Frage gestellt und ihre Belange müssten erhalten als Nebenkriegsschauplatz politischen Streites. Diese immer wieder aufflackernden politischen Diskus-

sionen kranken daran, dass sie dem Grundsätzlichen gerne ausweichen und sich in Einzelheiten verkrallen –, in Einzelheiten, die nur wenige tatsächlich im Zusammenhang einzuordnen verstehen und die man auch nicht allzu sehr festschreiben sollte.

Dafür griff Paul Günter gleich Grundsätzliches auf, indem er hinter die Leistungsfähigkeit der Armee ein Fragezeichen setzte. Er fürchtet, sie würde einer Berufsarmee hoffnungslos unterliegen, weil sie schlicht und einfach niemals mit dem gleichen Aufwand ausbilden und trainieren könne. – Dagegen regte sich lebhafter Widerspruch, genährt von konkreten Übungssituationen, wo die Schweizer Armee sich im direkten Vergleich mass und selbst in den Augen fremder Beobachter gut bestand. – Zweifellos bleibt die Milizarmee stets angewiesen auf rechtzeitige ein-satzbezogene Ausbildung.

Jede Art von Miliz steht und fällt mit der Frage, ob sie das nötige Potenzial gewinnt, ob genügend und ausreichend qualifizierte Freiwillige sich für sie engagieren. Das gilt schon für die Gegenwart, wo das Kader sich weit über das Mass der allgemeinen Wehrpflicht einbringen muss. Heute findet man – wie Heinz Aschmann als Beispiel einflocht – in den Reihen der Milizoffiziere qualifizierte Brigadekommandanten leichter als Stabsoffiziere für die Truppenkörper. Das mag im speziellen Fall besondere Gründe haben und mit strukturellen Änderungen zu beheben sein, offenbart aber die Empfindlichkeit des Systems.

Die offen bleibende Strategiefrage

Jede sicherheitspolitische Grundsatzdiskussion rennt gegen die Schwierigkeit an, dass die Schweiz, seit anderthalb Jahrzehnten sicherheitspolitisch in drei ähnlich starke Lager zerfallen, auf absehbare Zeit ausser Stande scheint zu entscheiden, ob und in welchem Masse sie sich aussenpolitisch öffnen will. Karl Haltiner betrachtet das Land als derzeit nicht strategiefähig. Demokratie wirkt unter diesen Umständen nach allen Richtungen gleichermassen bremsend wie ein Vetorecht, ja lähmend. Gemäss der geschichtlichen Erfahrung steht eine mittlere Lösung irgendwann zu erwarten, doch weiss heute niemand, wann und wie und mit welchem Inhalt sie kommt. Derweil dürfte der Druck von unten steigen, vielleicht in der Gestalt, dass das für das System trotz Wehrpflicht lebenswichtige freiwillige Zusatzengagement unaufhaltsam schwindet.

Dieser Ungewissheit hielt Paul Günter Umriss eines Konzepts entgegen, welches nun in der Sozialdemokratie trotz eines traditionell pazifistischen Flügels eine Mehrheit finde. Klar bejaht es die Armee, möchte sie indes verkleinern und strikter



Sorge um die Zukunft der Miliz: Im Vordergrund Oberstlt Peter Graf, Präsident der Offiziersgesellschaft Winterthur.



Die konzentriert nachdenkliche Diskussionsrunde mit (v.l.n.r.) Heiko Borchert, Heinz Aschmann, Karl W. Haltiner, Thomas Patrinicola, Hermann Bürgi, Paul Günter.

Fotos: Schönenberger

auf die effektiven Gefahren ausrichten. Hingegen lehnt es die von der Armee zugunsten der inneren Sicherheit geleisteten Unterstützungseinsätze ab. Damit verwöhne der Bund nur die Kantone, die sich zurücklehnten, statt endlich ihre Polizei in gebotener Masse aufzustocken.

Rahmen der Entwicklung der Schweizer Armee

In erster Linie tut Not, dass wir Fragen der Streitkräfteentwicklung weniger emotional angehen, wie Hermann Bürgi unwidersprochen forderte.

Die für die Transformation der anderen europäischen Armeen massgeblichen Rahmenbedingungen gelten laut Heiko Borchert durchaus für die Schweiz, wenn der auf ihr lastende Veränderungsdruck auch offensichtlich kleiner ist. Für internationale Einsätze müssen wir jedoch europäische Vorgaben erfüllen. Dafür bringt die öffentliche Meinung noch zu wenig Verständnis auf. – Einig war man sich, dass die Schweizer Armee internationales Niveau halten oder erreichen müsse, doch brauchen interne Vorgaben der Europäischen Union für die Schweiz nicht den Massstab zu bilden.

Heiko Borchert schnitt die brisante Frage an, ob die Schweizer Armee im Dienst der Landesinteressen mehr bewirken könnte. Schliesslich bedrohen uns nicht nur klassische Gewaltrisiken, sondern ist beispielsweise an die gefährdete Energieversorgung oder die Währungsstabilität zu denken, zumal wir mit zentralasiatischen Ländern auf

dem Gebiet der Währungspolitik zusammenarbeiten. Unterdessen dienen andere europäische Armeen und vor allem deren internationale Einsätze der politischen Einflussnahme. Es geht also nicht etwa um das kriegerische Erobern von Energiequellen, sondern vielleicht darum, Aufbauarbeit gezielt zu unterstützen. Das Thema blieb kontrovers in der Schwebel.

Eine Freiwilligenmiliz?

Die ganze Runde fand das von Karl Haltiner entwickelte Modell interessant.

Miliz und Freiwilligkeit bilden aus unserer Erfahrung heraus eher einen Gegensatz, und so empfindet Hermann Bürgi das Modell als Widerspruch in sich selbst. –



Alt Nationalrat Paul Fähr zwischen Prof. Richard Bayer aus Wien (l.) und Divisionär Peter Stutz, Chef des Führungsstabes der Armee.

Dem hielt Karl Haltiner entgegen, man dürfe Milizprinzip nicht mit Wehrpflicht verwechseln, zumal, abgesehen von der Armee, der Dienst in den meisten bestehenden Milizorganisationen heute freiwillig geleistet werde.

Schon heute bildet das Kader der Armee eine Art von freiwilliger Miliz, vergleichbar auch in der Grössenordnung mit einem denkbaren künftigen Modell. Die Anziehungskraft zumal der Offiziersfunktionen hängt mit der Aussicht zusammen, allenfalls in hohe und höchste Ränge aufzusteigen. Das gälte wohl ebenso für eine Freiwilligenmiliz, gleichgültig, wie viele tatsächlich den Aufstieg schaffen.

Angehörige der Freiwilligenmiliz müssten sich auf dem Arbeitsmarkt behaupten. Wie attraktiv wären sie für die Arbeitgeber?

Anreize hätten nicht nur die Rekrutierung zu unterstützen, sondern sich auch an die Arbeitgeber von Milizionären zu richten. Die Wirtschaft müsste die zusätzlich gewonnenen Kenntnisse und Fähigkeiten schätzen lernen –, ein hoher Anspruch, der sich gleichermassen an das Ausbildungssystem wie an die Öffentlichkeitsarbeit einer Freiwilligenmiliz richten würde. – Aufgrund der aktuellen Erfahrungen warnte Heinz Aschmann sogar vor der Gefahr, die Angehörigen der Freiwilligenmiliz würden auf dem Arbeitsmarkt stigmatisiert.

Bis in die jüngste Zeit scheinen die US National Guard und ihre Angehörigen kaum unter dem Unwillen der Arbeitgeber gelitten zu haben, ihre Mitarbeiter für die Ausbildung und den Kriegseinsatz zeitweilig freizugeben. Davor bewahrte sie vielleicht die stark patriotisch gefärbte Tradition der USA, die kaum Schlüsse auf das Verhalten des stark der Globalisierung ausgesetzten Managements der Schweizer Wirtschaft erlaubt.

Bei aller von den Unterschieden gebotenen Vorsicht dünkten ein paar in der Diskussion über die US National Guard gefallene Aussagen interessant:

■ Die Bereitschaft der National Guard reicht für Katastrophenhilfe ohne Weiteres. Einem Kriegseinsatz, wie «Desert Storm» 1991 erheischte, zeigte sie sich nicht aus dem Stand gewachsen, sondern erst nach einer gezielten einsatzorientierten Ausbildungsphase.

■ Unter diesen Voraussetzungen hielt die Mannschaft der eingesetzten Gardeformationen den Vergleich mit der regulären Armee aus, während die Urteile über das Kader differenzierter ausfielen.

■ Bis in die jüngste Zeit bewarben sich überwiegend Inhaber eines College-Abschlusses um die Aufnahme. Nun scheint die Qualität gesunken.

■ Eine Mischung von ideellen Motiven und materiellen Vorteilen gewinnt die Anwärter und hält die aus der regulären Armee Ausscheidenden bei der Stange. Wie ein früherer Kriegsteilnehmer der Air Force National Guard unterstrich, wirkt gerade die Freiwilligkeit motivierend.

Fazit

Niemand trat für eine Schweizer Berufsarmee ein, und keiner deutete den Wunsch an, die heutige Verbindung von Wehrpflicht und Milizarmee ohne Not aufzugeben.

Alle Sprecher bezeichneten als entscheidende Frage, wie es mit der Miliz weitergeht. Sie könnte sich im Sinne des von Karl Haltiner beschriebenen und offenbar durchweg als interessant empfundenen Modells entwickeln. Als Alternative rief Hermann Bürgi die Allgemeine Dienstpflicht in Erinnerung. ■



Oberst Pius Segmüller.

NATO-Kompatibilität aus der Sicht des Kleinstaates

Das Beispiel der slowenischen Armee

Was bedeutet heute der NATO-Beitritt für ein der Schweiz vergleichbares Land? Am Beispiel Sloweniens lässt sich das eindrücklich zeigen.

Uroš Svete und Ljubica Jelušič¹

Wie entstanden die NATO und die heutige Lage?

Nach dem Ausbruch des Kalten Krieges im Jahre 1947 gewannen Bedrohungsanalysen eine zentrale Bedeutung im Prozess der Formulierung westlicher Aussen- und Sicherheitspolitik sowie des Integrationsverhaltens und der Bündnisstrategien. Im Westen herrschte eine weitgehende Übereinstimmung bei der Beurteilung der Ziele Moskaus. Die sowjetische Aussenpolitik wurde im Westen durchgängig als expansiv empfunden. Die Sowjetunion erschien als eine Macht, die, ideologisch bedingt, eine kommunistische Weltherrschaft oder Welt dominanz anstrebte. Ihr wurde zugetraut, dass sie ihre Ziele auch militärisch durchsetzen würde, wenn die Erfolgchancen dafür gut stünden. In Verbindung mit dem erkennbaren Systemunterschied zwischen dem Westen und dem Osten begründete die wahrgenommene Zielrichtung die weit verbreitete Auffassung, dass ein Krieg zwischen den antagonistischen Lagern letztlich unvermeidbar sei. Im Westen hat man nie geplant, einen eigenen Angriff auf kommunistische Staaten zu führen. Immer hat man sich einzig darauf vorbereitet, einen sowjetischen Vorstoss zu vergelten und aufzufangen. Aber nicht nur die militärische Drohung war gefährlich für den Westen. Die Sowjetunion hat die sehr schwierige wirtschaftliche Situation westeuropäischer Länder nach dem Zweiten Weltkrieg zum Verwirklichen eigener ideologischer und strategischer Ziele ausgenutzt. Sie unterstützte westliche kommunistische Parteien, die sehr stark besonders in Frankreich und Italien waren, um mit ihrer Hilfe die kommunistische Revolution nach Westeuropa zu tragen (Maier et al. 1993).

Die Amerikaner wussten aber, dass auch die milde Form der östlichen Drohung sehr gefährlich war, und hatten westeuropäischen Staaten im Rahmen des Marshall-Plans sehr grosse finanzielle und wirtschaftliche Hilfe geleistet. Darüber hinaus war die NATO nie ein rein militärisches Bündnis,



Uroš Svete.

Foto: Schönenberger

sondern hat Staaten mit sehr ähnlichen oder sogar identischen politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Werten verbunden. Obwohl die Beitrittsbestrebungen einzelner Staaten nicht immer gleich bewertet wurden und beispielsweise fraglich ist, ob in Spanien zur Zeit des Beitritts demokratische Standards herrschten, hat die NATO ausser den militärischen Anforderungen regelmässig auch politische Anpassungen verlangt. In diesem Sinne kann die NATO als typische Organisation der kollektiven Verteidigung wie auch der gemeinsamen kulturellen, politischen und Bedrohungswahrnehmung bezeichnet werden, und diese Konstellation galt bis zum Ende des Kalten Krieges. Dann entstanden jedoch tief greifende Änderungen. Die NATO hat einerseits ihren Rivalen verloren, musste zugleich aber eine vollkommen neue strategisch-politische Situation in der internationalen Gemeinschaft bewältigen. Wenn die NATO ihre Legitimität behalten wollte, musste sie sich grundlegend verändern. Die kollektive Verteidigung der Mitgliedstaaten genügte hier nicht mehr, sodass die NATO immer mehr zur Organisation der regionalen kollektiven Sicherheit geworden ist. Die (Ost-) Erweiterung war freilich nur eine Frage der Zeit.

Auf der anderen Seite muss parallel die Situation von Slowenien ein bisschen umschrieben werden: Slowenien war bis 1991 ein Teil Jugoslawiens, der weder eine eigene Militärpolitik führte noch eine eigene Armee besass. Seit 1968 verfügte das Land hingegen mit der sogenannten Territorialen Verteidigung über eine Art der Heimwehr. Die Territorialen Verteidigungen ent-

standen auf der Ebene einzelner Republiken und nicht auf der Ebene des Föderalstaates, und sie galten als jene Ergänzung der jugoslawischen Armee, die den Guerillakrieg im Fall der Besetzung des Landes führen sollte. Zudem muss betont werden, dass die leicht bewaffnete Territoriale Verteidigung sehr kleine oder gar keine ständigen Einheiten unterhielt und nur beschränkt mit der schweizerischen Milizarmee verglichen werden kann. Das Geschick kam aber ganz anders. Im slowenischen Verselbstständigungsprozess stellte die Territoriale Verteidigung neben der slowenischen Polizei, die immer in der Zuständigkeit der Republik stand, als Grundstreitmacht den Garanten der Unabhängigkeit dar (Kopač, Grošelj, Prebilič, Svete, 2004).

Die turbulenten Zeiten haben sich für die slowenische Armee auch in den nachfolgenden Jahren keineswegs beruhigt. Obwohl die slowenische Armee nur 17 Jahre alt ist, wurde sie von so vielen Änderungen geprägt, wie andere Armeen sie in Jahrzehnten oder gar nie durchmachen. Der Übergang von der Territorialen Verteidigung, die den zehntägigen Krieg gegen die jugoslawische Armee gewann, zur modernen Armee mit allgemeiner Wehrpflicht und relativ klaren Verteidigungszielen, die NATO-Annäherung, ständige Umstrukturierungen und auch das Dilemma «Allgemeine Wehrpflicht gegen Freiwilligenarmee mit Berufssoldaten» sind nur einige Beispiele aus der stürmischen Geschichte der slowenischen Armee. Wenn in der ersten Phase das grösste Problem das UNO-Waffenembargo und das von ihm verursachte technologische Manko waren, entstanden sehr früh auch strukturelle und doktrinaire Schwierigkeiten. Die klassischen Verteidigungsaufgaben traten immer mehr in den Hintergrund, in den Vordergrund dagegen schoben sich erste Friedensoperationen, die zunehmende Wehrdienstverweigerung sowie öffentliche Ansprüche auf Katastrophenschutz Einsätze. Die slowenische Armee wurde in ihrer gesellschaftlichen Rolle durch ständige militärische Reformen immer mehr verunsichert, und es zeigte sich klar, dass die kurze slowenische militärische Tradition ein bedeutender Nachteil ist. Zum Glück war die NATO-Mitgliedschaft in den Reihen des Militärs nie umstritten – zumindest laut öffentlichen Erklärungen. Wenn auf einer Seite die slowenische militärische Tradition beschränkt entwickelt war, was wir im Licht der NATO-Annäherung auf keinen Fall nur als negativ bezeichnen² können, ist dieses Manko problematisch, sobald es fremde strategische und doktrinaire Konzepte zu prüfen gilt. Hier hat sich gezeigt, dass es in Slowenien keine kritische Masse militärischer Intelli-

¹Wehrwissenschaftliche Abteilung der Sozialwissenschaftlichen Fakultät, Universität Ljubljana, Slowenien.

²Wie wir in der Fortsetzung zeigen möchten, spielen das strategische Denken wie die politische und militärische Kultur für die NATO-Kompatibilität eine entscheidende Rolle.

genz gibt, was besonders in der Zukunft sehr problematisch sein könnte. Jeder fremde Rat und jede Forderung wurden nämlich von der slowenischen Armee ohne seriöse Analyse übernommen, und das betrifft besonders die offiziellen und nichtoffiziellen Ratschläge von Seiten der NATO. So konnte sich die slowenische Armee auf keine feste Richtlinie stützen.

Kompatibilität der slowenischen Armee für die NATO-Mitgliedschaft

Die Sicherheits- und Verteidigungsalternativen, die dem slowenischen Staat in den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit zur Verfügung standen, waren nicht so zahlreich, wie man vielleicht denken könnte. Obwohl von einigen Verteidigungsexperten die bewaffnete Neutralität vorgeschlagen wurde, war diese Möglichkeit nie ein ernstes Thema. Die Neutralität ist ohne internationale Anerkennung nur mit sehr grossen Verteidigungsressourcen zu bewahren, die aber Slowenien nie zur Verfügung standen. Deswegen war von Anfang an die NATO-Mitgliedschaft besonders in Fachkreisen eine konkrete Möglichkeit, mit der slowenische Verteidigungs- und Sicherheitsinteressen zurechtkämen. Die öffentliche Meinung schlug eine andere Entwicklung ein. In der ersten Phase (bis Madrid-Gipfel) genoss die NATO starke Unterstützung, dann kam aber die Enttäuschung. Erst mit sehr viel Mühe und Engagement der gesamten Politik und der zivilen Gesellschaft gelang es, die Volksabstimmung, zwar etwas enger als bei dem Referendum über den EU-Beitritt, durchzubringen (Jelušič, 2003).

Die Mitgliedschaft Sloweniens in der NATO-Organisation hat die Anpassung sowohl des Verteidigungssystems als auch der zivilen Kontrolle der Streitkräfte bedeutet. Die Standards der entwickelten Demokratie mussten natürlich berücksichtigt werden. Auf der anderen Seite verlangt die EU-Mitgliedschaft mehrere wirtschaftliche und politische Anpassungen, denn die gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik scheint immer noch nicht Priorität zu sein. Obwohl offensichtlich ist, dass die Europäische Union, was das Einwirken auf die internationalen Konflikte betrifft, an Legitimität stark und ständig zunimmt, bleibt Tatsache, dass im euroatlantischen Rahmen nur eine tatsächlich operative Organisation wirkt. Und zwar die NATO.



Slowenische Infanteristen bei taktischer Einweisung.

Die Anpassungen an die NATO-Standards bedeuten also, dass drei Prozesse gleichzeitig ablaufen:

- Transformation,
- Interoperabilität und
- Integration der Streitkräfte.

Die Transformation bedeutet die Anpassung der Armee an neue Aufgaben und den Einsatz im Ausland. Um dieses Ziel zu ermöglichen, müssen drei Massnahmen durchgesetzt werden. Die ersten beiden Massnahmen beziehen sich auf die Berufsarmee. Das erste Hindernis rührt von der Wehrpflicht her. Moderne Armeen können kaum Wehrpflichtige ins Ausland senden; die Ausnahme sind vielleicht die Vertragssoldaten der Bundeswehr. In Slowenien waren wir einerseits mit der sinkenden Zahl – in relativem wie in absolutem Sinne – der Wehrpflichtigen konfrontiert; auf der anderen Seite finden heutige NATO-Operationen mit Schwergewicht ausserhalb der Mitgliedstaaten statt.³ Slowenische Politiker aus Regierungs- und Oppositionsreihen waren sich einig, die allgemeine Wehrpflicht aufzuheben. Formell wurde die allgemeine Wehrpflicht nicht abgeschafft, sondern nur eingefroren, und sie würde im Kriegsfall natürlich wieder aufleben. Slowenien fand aber eine Zwischenlösung für diejenigen Bürger, die freiwillig mit dem Militärleben bekannt werden möchten. Das ist der freiwillige Wehrdienst, der drei Monate dauert und die militärische Grundausbildung für jene vermittelt, die an der Landesverteidigung teilnehmen möchten. Gleichzeitig ist dieser Dienst die notwendige Bedingung für späteres Eintreten in die professionelle Freiwilligenarmee oder in die Freiwilligenreserve. Jährlich wird diese Möglichkeit von etwa 300 bis 400 jungen Männern und Frauen genutzt (Jelušič, 2005).

Den zweiten sehr bedeutenden Auftrag der slowenischen Armee bildet die Ergänzung der taktischen Verfahren oder Proze-

duren, die zum Beispiel in den Friedensoperationen eingesetzt sind. Hier gehört das von Professor Haltiner beschriebene Dilemma erwähnt, ob die Armee für die Friedensoperationen überhaupt taugt oder die Polizisten dafür geeigneter wären (Haltiner, 2000). Die Friedensoperationen wurden inzwischen der bedeutendste Einsatztyp, und die slowenische Armee hat zurzeit mehr als zehn Prozent aller Kräfte⁴ ins Ausland geschickt, um verschiedene Krisenoperationen an mehreren Orten durchzuführen (www.slovenskavojska.si).

Der zweite Bereich ist die Interoperabilität, die als sehr komplizierter Prozess auf sechs Ebenen abläuft:

An erster Stelle sind Technik, Ausrüstung und die Waffensysteme zu nennen. Der slowenische Staat kaufte Militärtechnik in verschiedenen Staaten, entsprechend der diesen gerade geschuldeten politischen Loyalität, weil sie die grösste Unterstützung im Verselbstständigungsprozess und im Prozess der diplomatischen Anerkennung leisteten. So bekamen wir eine sehr bunte Struktur von Zulieferern und miteinander unvereinbare Ausrüstungen. Der NATO-Eintritt gebietet aber, dass die Rüstungspläne langfristig angelegt werden. Gleichzeitig müssen die Waffensysteme in gemischten NATO-Formationen sowie in den gemeinsamen Operationen eingesetzt werden.

Zweitens bedeutet die Interoperabilität der Prozedur oder des Verfahrens, dass man in der slowenischen Armee neue Abläufe (rules of procedures) instruieren muss. Diese standardisierten Verfahren ermöglichen den slowenischen Soldaten die Mitwirkung in von der NATO geführten Operationen.

Drittens bildet die Kommunikation einen sehr bedeutenden Aspekt der Interoperabilität, sowohl im Sinne der Kommunikationseinrichtungen als auch im Sinne der verwendeten Sprache. Weil wir später über die Sprache diskutieren werden, sollten hier nur die sehr bedeutsamen Kommunikationsstandards erwähnt werden.

³Marjan Malešič (2003) (Hsg.). *Conscription vs. all-volunteer forces in Europe*. Baden-Baden: Nomos.

⁴Die wehrpflichtige Reserve wurde nicht berücksichtigt, weil die nur auf dem Papier besteht. In der Praxis gibt es gar keine Reservistenausbildung.



... und auf Patrouille an einem nahöstlichen Brennpunkt. Fotos: www.slovenskavojaska.si

Viertens bezieht sich die organisatorische und funktionelle Interoperabilität auf Einheiten, die Hauptquartiere und andere militärische und ähnliche den Sicherheitskräften dienende Strukturen unterhalten und mit jenen des Bündnisses und der anderen NATO-Staaten zusammenwirken müssen.

Fünftens sollten die Verteidigungs- und besonders die Militärdoktrin als Gefüge der militärischen Verfahrensordnung gemeinsame Werte, vergleichbare Operationen und Aufgaben vorsehen.

Die Sprachbarrieren gehören auch hierher. Besonders die Offiziere und Unteroffiziere müssen den englischen Standard lernen und akzeptieren, und zwar auf verschiedenen Stufen. Es ist nicht genug, dass unsere Jugend mit der englischen Sprache leicht zurecht kommt, das Militärpersonal muss militärische und fachliche Ausdrücke sowie Abkürzungen kennen.

Sechstens geht es um das Denken. Die Einsicht, dass die NATO nicht fremde, sondern unsere gemeinsamen Interessen vertritt, muss entwickelt werden. Es wurde sehr oft gesagt, die NATO verlange das und dies, aber wir müssen uns bewusst werden, auch ein Teil der NATO zu sein. Wenn wir den amerikanischen Präsidenten Kennedy paraphrasieren: Fragen wir nicht nur, was die NATO für uns tun wird, fragen wir, was wir zugunsten der NATO beitragen werden! Diese Frage richtet sich viel eher an die slowenische Öffentlichkeit als an das Militär. Es ist öffentlich noch nicht vollkommen begriffen, dass die Partnerschaft allseitig den unterschiedlichen Verteidigungs- und Sicherheitsinteressen dienen oder wenigstens entgegenkommen muss.

Integration ist als dritter und wichtigster Bereich aufzuführen, weil sie den schwierigsten Prozess voraussetzt. Slowenien muss diverse Einheiten auf die Integration in die grösseren NATO-Formationen vorbereiten. Struktur und Umfang der slowenischen Armee geben vor, das Bataillon als grössten Verband in die NATO-Struktur einzufügen. Und wenn eine Einheit als auf NATO-Standards vorbereitet bezeichnet wird, bedeutet das noch längst nicht, dass sie tatsächlich integriert ist. Das trifft erst zu, nachdem die Synchronisierung der Ziele, Pläne und der Logistik stattgefunden hat.

Zu überwindende Schwierigkeiten

Mit der NATO-Kompatibilität der slowenischen Armee sind auch viele Probleme verbunden. Zuerst drücken Finanznöte. In dem NATO-Annäherungsprozess haben wir versprochen, unsere Ausgaben für die Verteidigung auf zwei Prozent des Brutto-Inlandprodukts zu steigern. Im Moment bleibt ziemlich ungewiss, wie Slowenien dieses Ziel erreichen wird, denn immer lauter werden Stimmen, dies sei unnötig. Paradoxerweise hat die slowenische Armee wegen der Haushalts- und Wirtschaftsentwicklung auf einer Seite trotz allem genug Geld, doch gleichzeitig fehlen auf der anderen Seite Fachleute zum Durchführen der Projekte, wofür die Ausgaben bestimmt wären. Es besteht sogar die Gefahr, dass die slowenische Armee auf die Technik reduziert wird. Auf der anderen Seite tauchen nach vier Jahren der Freiwilligenarmee die ersten Schwierigkeiten auf, qualifizierte neue Berufssoldaten anzuwerben. Wegen

der günstigen Wirtschaftslage wachsen ausserhalb der Armee die Löhne, und die Soldatenbesoldung kann schwerlich Schritt halten. Es ist also offensichtlich, dass Slowenien als NATO-Mitglied grosse Probleme bekommen wird, sogenannte «Force Goals» zu erreichen. Die Situation ist so prekär und ausweglos, dass einige Fachleute nur noch zwei langfristige Möglichkeiten sehen: die Rückkehr zur allgemeinen Wehrpflicht oder den Einsatz von Söldnern. Als eine Alternative erweisen sich aber auch private militärische Unternehmen. Die Berufsmarine scheint deshalb keine besonders aussichtsreiche Zukunft zu haben.

Zu leiden droht ferner die Glaubwürdigkeit der Behörden. Die Regierung hat in dem NATO-Annäherungsprozess deutlich übertrieben, wie viele Bataillone für die Integration vorbereitet werden könnten. Wir haben mehr angeboten, als wir bereitstellen können.

Drittens verursacht Konflikte in der Armee auch die Abschaffung traditioneller Einheiten, die keine tragende Rolle in der Doktrin mehr spielen. Gleichzeitig bilden sie aber weiterhin Bestandteil der militärischen Werte. Zum Beispiel behielt man nominal und traditionsmässig die Gebirgs-einheiten und die Panzertruppen bei, obwohl sie faktisch und in der Praxis abgeschafft wurden. Diese Diskrepanz ist sehr konfliktrichtig. Sehr bedenklich stimmt die Feststellung, dass mit der Abschaffung dieser Einheiten die slowenische Armee das Wissen verliert, was in der Zukunft sehr hinderlich wäre, falls eine veränderte Lage einmal einen Aufwuchs dieser Waffengattungen erfordern sollte.

Sehr interessant ist auch die Diskrepanz zwischen der Unterstützung, welche die Armee in der Öffentlichkeit geniesst, und dem Interesse der jungen Bevölkerung am militärischen Dienst. Während die öffentliche Unterstützung sehr hoch ist und nur der Staatspräsident, die Währungshüter und die Banken damit zurückhalten, zeigt die Jugend immer weniger Interesse für den militärischen Dienst, also an der Laufbahn des Berufssoldaten, Unteroffiziers oder Offiziers. Wir werden sehen, wie das neu vorgeschlagene Gesetz über den Dienst in der slowenischen Armee diesen Problemen beikommt. Das Ansehen der slowenischen Armee in der Öffentlichkeit wurde aber auch von dem NATO-Annäherungsprozess stark geprägt. Als die ersten Debatten über den möglichen NATO-Beitritt aufgetaucht sind, war das für die junge Generation ein Signal, die Wehrpflicht nicht länger erfüllen zu müssen. Deswegen sank die Bereitschaft zum Wehrdienst rasch deutlich. Eine solche öffentliche Wahrnehmung hat uns so weit gebracht, dass die allgemeine Wehrpflicht schon vor dem NATO-Beitritt abgeschafft werden musste. Im Okto-

ber 2003 haben die letzten Wehrpflichtigen ihren Militärdienst abgeleistet. Etwas später hat sich aber gezeigt, dass die Wehrpflichtverweigerung nicht die Eigenschaft der gesamten Gesellschaft ist. Als von dem Staat der freiwillige Wehrdienst angeboten wurde, was ein Verfassungsrecht bildet, wurde diese Möglichkeit von manchen jungen Männern und Frauen wahrgenommen, was wir schon erwähnt haben. Es gibt sogar sehr interessante Beispiele, wie aus ehemaligen Wehrdienstverweigerern Kandidaten für die Berufsarmee wurden.

Was aber die öffentliche Meinung über die Auslandmissionen angeht, herrscht viel Uneinigkeit. Für die Öffentlichkeit sind die Missionen auf dem Balkan akzeptabel, wo die militärische Kraft nur beschränkt wirkt. Auf der anderen Seite unterstützt die slowenische Öffentlichkeit keine Missionen, die als gefährlich oder als umstritten gelten. So hat nicht einmal die Entsendung von vier slowenischen Instrukteuren in den Irak Unterstützung bekommen.

Wegen der NATO-Mitgliedschaft musste die slowenische Politik auch die Kompetenzordnung umbauen, sodass es über die Auslandmissionen keine breiten und langen parlamentarischen Debatten gibt, sondern die Regierung selbst darüber entscheiden kann. Die Politiker, die das Gesetz in diesem Sinne revidiert haben, haben das in der Zwischenzeit vergessen oder sind in der Opposition gelandet, und sie verlangen gegenwärtig, dass das Parlament über die Missionen diskutieren und sogar entscheiden sollte, was aber deren Durchführbarkeit arg behindern würde.

Sehr kompliziert ist auch die Synchronisierung des Wissens, gewonnen in den alten NATO-Staaten, mit dem, das die slowenischen Offiziere mitbringen. Das zeigt natürlich, dass die Professionalisierung der Offiziere noch nicht umfassend gelang.

Schluss

Die Interoperabilität oder Zusammenarbeitsfähigkeit konzentriert sich auf vier Bereiche:

- Technologie und Waffensysteme
- Organisatorische Struktur
- Normativ-rechtliche Interoperabilität, wo Gesetze, Doktrinen und Strategien abgestimmt werden müssen, und
- Interoperabilität des Denkens im Sinne der neuen politischen, militärischen und sicherheitsbezogenen Kultur.

Relativ schnell kann die technologische Interoperabilität erreicht werden, besonders wenn der Staat nicht unter Finanznöten leidet. Die Schweiz zum Beispiel dürfte sich damit leichter tun, weil sie schon jetzt mit der NATO kompatible Waffensysteme einsetzt. Schwierigkeiten entste-

hen aber, wenn die gesellschaftliche Wahrnehmung berücksichtigt werden muss, was die Aufgaben der Streitkräfte seien. In Slowenien entbrennen zum Beispiel heftige tagespolitische Diskussionen ob militärischen Auslandmissionen. Ins Ausland zu entsendende Militärmissionen lehnt nämlich ein grosser Teil der slowenischen Öffentlichkeit ab, besonders die Opposition führt dagegen Bedenken ins Feld. Zudem widerstreiten verschiedene Meinungen, wer Auslandmissionen überhaupt beschliessen dürfe. Die heutige Opposition verlangt, im Parlament darüber zu entscheiden, aber als die jetzige Opposition die Regierung stellte, schlug sie selbst vor, diese Kompetenz an die Regierung zu delegieren.

Natürlich sind die Schwierigkeiten noch einmal zu erwähnen, die mit der notwendigen und noch lange nicht erreichten Interoperabilität des Denkens zusammenhängen. Gefordert ist vor allem die slowenische Armee, die mittlerweile in der Praxis zu einem slowenischen Heer geschrumpft ist. In nur 17 Jahren mussten unsere Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere zweimal von einer Welt in eine andere fliegen, von der Territorialen Verteidigung über die Wehrpflichtarmee zur Freiwilligenarmee, die natürlich ganz anders funktioniert und sich mit ganz anderen Problemen auseinandersetzen muss. Wir erwarten gespannt, wie die politischen Kräfte und die Militärs der gegenwärtigen und der zukünftigen militärischen und sonstigen sicherheitsrelevanten Herausforderungen Herr werden. ■

Literatur

Haltiner, Karl W. (2000). Policemen or Soldiers? Organizational Dilemmas in the Constabularisation of Armed Forces. In Marjan Malešič (Hsg.). *International Security, Mass Media and Public Opinion*. Ljubljana. Faculty of Social Sciences.

Jelušič, Ljubica (2003). Slovenian public opinion on security, defence and military issues. In: Vlachova, Marie (Hsg.). *The public image of defence and the military in Central and Eastern Europe*. Geneva: Centre for the Democratic Control of Armed Forces (DCAF); Belgrade: Centre for Civil-Military Relations (CCMR), Seiten 182–200.

Jelušič, Ljubica (2005). Military reforms in Slovenia. In: Kernic, Franz (Hsg.), Klein, Paul (Hsg.), Haltiner, Karl W. (Hsg.). *The European armed forces in transition: a comparative analysis*. New York: Peter Lang, Seiten 129–144.

Kopač, Erik, Grošelj, Klemen, Prebilič, Vladimir, Svete, Uroš (2004). Chapter 3. The ten-day war of independence in Slovenia. V: Brändström, Annika (Hsg.), Malešič, Marjan (Hsg.). *Crisis management in Slovenia: comparative perspectives*, (A publication of the Crisis Management Europe Research Program, 26). Stockholm: Swedish National Defence College, Seiten 55–102.

Maier, Klaus A., Wiggerhaus N., Hebert, G. (1993). *Das Nordatlantische Bündnis 1949–1956*. München: R. Oldenbourg Verlag.

Malešič, Marjan (2003) (Hsg.). *Conscription vs. all-volunteer forces in Europe*. Baden-Baden: Nomos. www.slovenskavojska.si

Können wir uns militärische Eigenständigkeit noch leisten?

Diskussionen, ob und wie weit die Schweiz ihre sicherheitspolitische Selbstständigkeit bewahren kann und soll, orientieren sich meist an äusseren strategischen Zwängen, echten oder vermeintlichen. Indessen würde mehr Aufmerksamkeit der finanziellen Machbarkeit gebühren und der Frage, ob wir den nötigen Willen aufbringen.

Jürg Stahl

Die Antwort auf die Titelfrage wird selbstverständlich immer unterschiedlich ausfallen. Je nach politischer Herkunft und ordnungspolitischer Betrachtungsweise wird es ein klares «Ja», ein klares «Nein» oder ein «Ja, aber» sein!

Die Frage, was die militärische Landesverteidigung kosten soll, stellt sich nicht erst heute. Schon zu Beginn des letzten Jahrhunderts und vor allem auch zwischen den beiden Weltkriegen wurde immer wieder diskutiert, ob es Sinn macht, massgebliche finanzielle Mittel in eine Armee zu stecken.

Aktuelle Lage

Die heutige Situation hat sich aber gegenüber früher stark verändert. Nicht nur die Tatsache, dass im näheren geografischen Umfeld im Moment kein militärischer Gegner für unser Land auszumachen ist, schafft den sicherheitspolitischen Verantwortlichen und der Armeeführung in der Argumentation Probleme. Die Verschiebung der Bedrohung – weg von den konventionellen Streitkräften hin zur asymmetrischen Kriegführung – macht es auch nicht einfacher, die militärischen Bedürfnisse abschliessend zu formulieren und die Prioritäten für die Mittelzuteilung festzulegen.

Der Umstand, dass in den letzten Jahren der öffentlichen Hand immer mehr Aufgaben übertragen worden sind – respektive ihre Aufgaben kostenintensiver wurden, zum Beispiel und vor allem auf Seiten der sozialen Wohlfahrt – führte dazu, dass der Armee immer weniger Mittel zur Verfügung standen und stehen. Kommt hinzu, dass sich heute Politikerinnen und Politiker viel lieber damit profilieren, finanzielle Mittel in die Forschung und Ausbildung, in familienergänzende Betreuungsplätze, in den Sozialbereich und anderes mehr zu stecken als in die gemäss Medien überflüssigen Mittel zur Landesverteidigung! Damit will ich nicht behaupten, dass einzig die Landesverteidigung Aufgabe des Staates ist, aber es ist tatsächlich «unsexy» geworden, in Bundesbern für die Armee einzustehen. Darum freut es mich besonders, dass die OGW den Mut aufgebracht hat, diese Arena durchzuführen und ich als einer der beiden einzigen aktiv eingeteilten Offiziere, die der Bundesversammlung noch angehören, diese Gedanken beisteuern darf.



Jürg Stahl.

Foto: Schönenberger

Die Landesverteidigung im eigentlichen Sinn hat im politischen Umfeld heute leider nicht mehr den Stellenwert, der ihr gemäss Bundesverfassung zukommen müsste. Hier sind die Politikerinnen und Politiker sehr rasch dem Druck verschiedenster Medien gewichen. Kommt dazu, dass man der Armee im Rahmen sogenannter subsidiärer Einsätze immer mehr neue Aufgaben überträgt, was in dem gegebenen Finanzrahmen den Kernaufgaben nicht unbedingt dienlich ist!

Der Titel müsste demzufolge abgeändert werden: Nicht ob wir uns eigenständige Landesverteidigung noch leisten können, sondern ob wir uns diese noch leisten wollen, ist die Frage!

Rolle des Kleinstaates

Zusätzlich sind die technischen Möglichkeiten eines Kleinstaates wie der Schweiz in Betracht zu ziehen. Heute ist zum Beispiel die Verfügbarkeit von Daten, die über Satellitenaufklärung beschafft werden müssen, für eine moderne Armee in verschiedenen Lagen unabdingbar. Es ist nun aber auch mir klar, dass wir nie in der Lage sein werden, allein und vor allem selbstständig diese Aufgaben der Informationsbeschaffung zu erfüllen. Hier sind Kooperationen angebracht.

Wir müssen uns also in der Frage der Eigenständigkeit auf jene Bereiche beschränken, welche, realistisch betrachtet, unseren Möglichkeiten entsprechen.

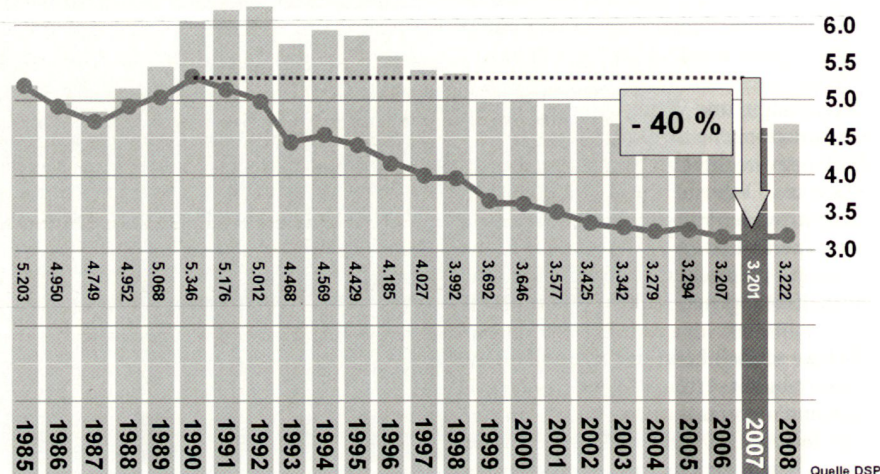
Für die klassischen Hauptaufgaben der Armee bis hin zum «worst case», der konventionellen Landesverteidigung, benötigen wir einerseits Mittel für die Teilstreitkraft Luftwaffe und andererseits für die terrestrischen Streitkräfte. Zudem sind Mittel einzusetzen für den Bereich Support wie die Führung im weitesten Sinn und die Logistik.

Lasst uns rechnen!

Ich gehe davon aus, dass ein Waffen- oder ein Führungssystem in unserer Armee in der Regel ungefähr 20 Jahre im Einsatz

Ausgaben für die Landesverteidigung

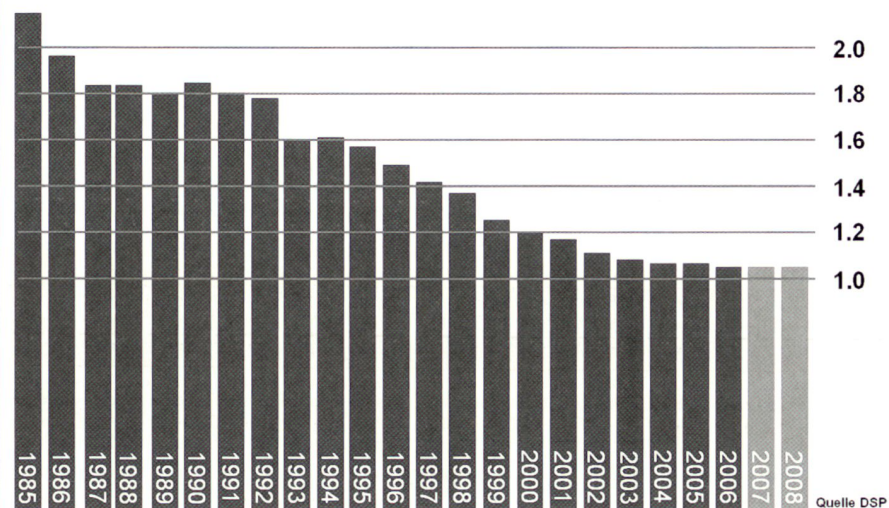
(in Mia. SFR, inflationsbereinigt nach Kaufkraft von 1985)



Verteidigungsausgaben in absoluten Zahlen ...

Grafik: VBS

Ausgaben für die Landesverteidigung (in % des Bruttoinlandprodukts)



... und als Anteil des ganzen Wirtschaftserfolges.

Grafik: VBS

steht. Zudem nehme ich an, dass unserer Armee jährlich etwa 1 bis 1,5 Milliarden Franken für Investitionen zur Verfügung gestellt werden müssten.

Um diese drei vorgenannten Haupttätigkeitsfelder Luftwaffe, Heer und Führung/Logistik mit den notwendigen Mitteln zu alimentieren, stehen uns über eine Lebensdauer der eingesetzten Systeme etwa 25 Milliarden Franken zur Verfügung. Dies wiederum ergibt also für jeden der drei Teilbereiche zwischen 7 und 8 Milliarden Franken an Investitionen über einen Lebenszyklus des beschafften Systems.

In diese Überlegungen müsste ebenfalls einbezogen werden, von welchen Leistungen die Armee durch Auslagerung entlastet werden soll und wo man damit Investitionskosten einsparen kann!

Wie realistisch ist diese Annahme?

Hierzu Folgendes: Ich gestehe, dass ein Betrag von 20 Milliarden Franken für eine einzige staatliche Aufgabe – nämlich die Landesverteidigung – eine enorme Summe darstellt. Sie ist jedoch im Vergleich zu betrachten mit den für diese Zeitperiode geplanten Gesamtausgaben. Gehen wir auf der Basis der Planungsannahmen des Eidgenössischen Finanzdepartements für die nächsten Jahre davon aus, dass der Bund in den nächsten 20 Jahren jährlich etwa 75 Milliarden Franken ausgeben wird, so ergibt dies die Summe von rund 1500 Milliarden.

Demzufolge gäben wir bei diesen Annahmen weniger als zwei Prozent für Investitionskredite zu Gunsten der Landesverteidigung aus. Als einer, der in der Versicherungsbranche arbeitet, weiss ich: eine durchaus zumutbare Kennziffer!

Sollte die Politik diese Bedürfnisse nicht decken wollen, so ist anzugeben, in welchen Bereichen die Armee von ihren Kernaufgaben in Zukunft entbunden werden soll!

Es ist unabdingbar, dass diese vorgegebenen Ziele nur dann erreicht werden können, wenn präzise geplant und geführt wird. Beschaffungsflops, wie sie in der Vergangenheit einige Male stattgefunden haben, können wir uns nicht mehr leisten.

Ich erinnere beispielsweise an den Erwerb von Fliegerabwehrmunition für die 20-mm-Kanonenflak in einer Zeit, wo die Liquidierung dieses Waffensystems längst beschlossene Sache war. Oder an die Beschaffung der «Maverick»-Lenkwaffe, als die Ausserbetriebsetzung des betroffenen Trägerflugzeugs klar war. Oder an den Kauf von intelligenter 12-cm-Minenwerfermunition, in einer Phase, da die Panzerminenwerfer «M113» und die Festungsminenwerfer gleichermassen eingemottet wurden und somit keine aktiven Einsatzsysteme mehr vorhanden waren!

Meines Erachtens könnten mit diesen Finanzvorgaben und präziserer Beschaffungsstrategie auch anstehende grössere Beschaffungen, wie zum Beispiel der Teilersatz des Kampfflugzeugs F5-Tiger, problemlos realisiert werden. Es braucht also neben dem politischen Willen den Effort, die notwendigen Gelder innerhalb des vorgegebenen Finanzrahmens bereitzustellen.

Um auf die Frage des Titels meiner Gedanken zu kommen: Eigenständigkeit dort, wo es möglich und nötig ist – Zusammenarbeit, dort, wo es effizient, sinnvoll und neutralitätsverträglich ist! Anders ausgedrückt, wird es also immer Disziplinen geben, wo wir auf die Zusammenarbeit mit befreundeten Staaten oder Bündnissen angewiesen sind, ohne dabei unsere Eigenständigkeit, Souveränität und Strategie aufgeben zu müssen!

Zusammenfassend möchte ich festhalten, dass ein eigenständiges militärisches Interventionsmittel – eine Armee – nach wie vor finanzierbar und damit machbar ist. Bedingung ist, dass die politischen Mehrheiten bereit sind, die dafür notwendigen Mittel zu sprechen. Mittel, die diese Armee nach innen und aussen glaubwürdig erscheinen lassen. Und glaubwürdig ist diese Armee dann, wenn sie den Auftrag gemäss Artikel 58 der Bundesverfassung erfüllen kann.

Erfolg wie Friede ist kein Dauerzustand, man muss dafür kämpfen und bereit sein! ■

Künftige militärische Kooperation der Schweiz

Zum zweiten Podium setzten sich drei Mitglieder der Sicherheitskommissionen der eidgenössischen Räte, Ständerat Dr. Hans Altherr von der Freisinnig-Demokratischen Partei, Nationalrat Dr. Arthur Loepfe von der Christlich-Demokratischen Volkspartei, Nationalrat Dr. Josef Lang von der Grünen Partei, mit den Referenten Dr. Uroš Svete und Nationalrat Jürg Stahl (Schweizerische Volkspartei) sowie dem Militärexperten Dr. Hans Rapold zusammen. Rasch entspann sich eine lebhaft Diskussion, die überraschende Gemeinsamkeiten, aber auch scharfe Gegensätze aufdeckte. Sie beschränkte sich nicht auf die ursprünglich allein in den Mittelpunkt gerückte Bündnisfrage, setzte sich vielmehr mit der ganzen – externen – militärischen Kooperation auseinander.

Eugen Thomann

Unbestrittene Notwendigkeit militärischer Zusammenarbeit

Aus teils sehr unterschiedlichen Gesichtswinkeln bejahten alle Schweizer Experten, dass unsere Armee mit anderen Armeen zusammenwirkt, dass die Schweiz grenzüberschreitend in irgendeiner Form Einsätze zu bestehen habe.

Aus grün-alternativer Sicht vermag nationalstaatliche Sicherheit uns nicht mehr vor den entscheidenden Risiken zu bewahren, sprengen Klimawandel, Energieknappheit, Wohlstandsgefälle den nationalen Rahmen. Das erfordert internationale Zusammenarbeit, und daran hat die Schweiz letztlich auch einen militärischen Beitrag zu leisten –, freilich einzig im Rahmen einer allfälligen Mission der Vereinten Nationen.

Auf der anderen Seite des Spektrums erkennt Jürg Stahl keineswegs das Bedürfnis, durch punktuelle Zusammenarbeit Lücken zu schliessen, die für den Kleinstaat zwangsläufig entstehen, weil er nicht allein sich gegen Fernbeschuss wappnen und unentbehrliche Informationen mit Satellitentechnik beschaffen kann. Das verspreche jedoch nur Erfolg, sofern die Schweiz überzeugend und geschlossen aufträte, was beispielsweise im Steuerstreit noch einiger-

massen gelingen könne, in Sachen Fluglärm aber völlig missglückt sei.

Jede militärische Zusammenarbeit genau auf bestimmte Risiken zuzuschneiden, forderte ergänzend Hans Altherr.

Aus dem Publikum steuerte Divisionär Peter Stutz den Hinweis bei, erfahrungsgemäss punkte die Schweiz bei Auslandseinsätzen mit wichtigen und wertvollen Nischenprodukten wie Helikoptertransporten, Militärpolizei oder Entminung.

Multilaterale Zusammenarbeit – und wenn, mit wem?

Zuvorderst in der Reihe möglicher Partner steht der Nordatlantikpakt (NATO), mit dem uns bereits die «Partnerschaft für den Frieden» (PfP) sehr lose verbindet. Für einen Bündnisbeitritt sprach sich niemand auch nur im Entferntesten aus; da haben sich die Reihen zumindest der Fachleute unter dem Eindruck der jüngeren Entwicklung offenbar geschlossen. Weiter reicht die Einigkeit freilich nicht: Während die einen Experten das Mitwirken an Einsätzen der NATO für möglich halten, sofern ein Mandat der Vereinten Nationen oder OSZE sie deckt, ist dergleichen in Josef Langs Augen mit der Neutralität nie zu vereinbaren. Skepsis klang auch an, als Jürg Stahl fand, wir brauchten der PfP nicht den Rücken zu kehren, sollten aber darin keinen Schwerpunkt erblicken, und aus

dem Publikum Divisionär Dominique Juillard empfahl, eine engere Zusammenarbeit mit der Europäischen Union anzustreben statt mit der NATO.

Dass die Europäische Union (EU) als denkbarer Partner sehr verschieden beurteilt wird, vermag nicht zu überraschen: Josef Lang forderte einen Schweizer Beitritt – und bekannte, damit der eigenen Haltung insoweit zu widersprechen, als die EU neuerdings Interventionen selbst ohne Mandat der Vereinten Nationen erwäge. – Jürg Stahl befürchtet dagegen, nach den Erweiterungen werde die schiere Grösse die EU zugrunde richten. – Schwer wiegen von slowenischer Seite, also von der Wissenschaft eines Mitgliedslandes formulierte Bedenken: Die 1997 im Vertrag von Amsterdam verankerte gemeinsame «Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik» wird dem eigenen Anspruch auf absehbare Zeit nicht gerecht, als Grundlage gemeinsamer Einsätze zu dienen, weil die Interessen der Mitglieder der EU zu sehr auseinanderstreben und es bisher nicht gelang, eine nennenswerte gemeinsame Streitmacht zu bilden.

Der Erkenntnis, dass krasse Notlagen – als Beispiel diene der Völkermord von Ruanda (1994) – internationale Interventionen auch militärischer Natur gebieten, entzieht sich nicht einmal der bekennende Pazifist Josef Lang. Wirksame Abhilfe versprechen laut seiner Analyse einzig Missionen der Vereinten Nationen (UN) –, nicht Mandate, die Staaten oder Koalitionen zum Eingreifen ermächtigen und das Vorgehen weitgehend den Ermächtigten anheim stellen.

Kompatibilität unentbehrlich

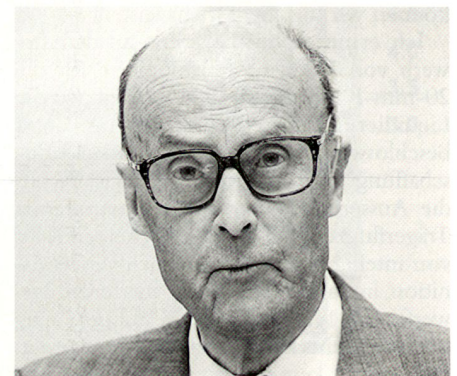
Ob die Votanten unter gewissen Bedingungen befürworteten, dass die Schweiz an multilateralen ausländischen Einsätzen mitwirke, oder ob andere mit Arthur Loepfe dafür eintraten, vermehrt die bilaterale Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn zu suchen –, immer wieder klang die Not-



Arthur Loepfe.



Hans Altherr.



Hans Rapold.



Einem Statement lauschende Diskussionsrunde mit (v.l. n. r.) Arthur Loepfe, Hans Altherr, Hans Rapold, Uroš Svete, Jürg Stahl, Josef Lang.
Fotos: Nydegger

wendigkeit an, unsere Armee, ihre Doktrin, ihre Verfahrensweisen, ihre Ausbildung und Ausrüstung darauf vorzubereiten. Einen wesentlichen Aspekt der Kompatibilität bildet die gemeinsame Sprache.

Eigenständigkeit

Niemand redete einem Bedürfnis das Wort, bei einem militärischen Bündnis oder bei Nachbarn Anlehnung zu suchen. Denn anders als beispielsweise Slowenien brauchen wir nicht in erster Linie kollektive Sicherheit anzustreben. Ebenso wenig bestritt jemand die Notwendigkeit, militärische Handlungsfähigkeit zu bewahren. Der Grad der Eigenständigkeit beschäftigte natürlich Podium und Publikum. Dabei kam Grundsätzliches zur Sprache, teilweise natürlich kontrovers:

■ Abgesehen von den wenigen Bereichen, wo dem beispielsweise gegen Fernbeschuss wehrlosen und nicht mit Satellitentechnik ausgerüsteten Kleinstaat Eigenständigkeit verwehrt bleibt, hängt die Eigenständigkeit einzig von seinem politischen Willen ab.

■ Keine Eigenständigkeit ohne Fähigkeit zu selbstständigen Operationen! Sie setzt angemessene Bereitschaft voraus, und dafür benötigt die Armee Durchdiener in einem grösseren Umfang. Hans Rapold erinnerte an die gefährlichen Bestandeslücken des für die Ausbildung verantwortlichen Berufspersonals. Derzeit fehlen 900 Köpfe. Hier herrscht akuter Handlungsbedarf.

■ Der stark geschrumpfte Verteidigungshaushalt steht nicht mehr im Einklang mit den von der Armee zu erfüllenden Aufgaben. Anpassung täte dringend Not. Wie

Hans Altherr vorrechnete, geben wir mittlerweile für Verteidigungszwecke jährlich die Hälfte dessen aus, was die Invalidenversicherung kostet. Und wenn die Sozialkosten beim Nachlassen der Wirtschaftsentwicklung wieder steigen, stehe zu befürchten, dass der auf dem Verteidigungsbudget lastende Druck noch wachse.

■ In den kommenden Jahren soll der grösste wehrpolitische Einzelkredit dem Teilersatz der am Ende ihrer Verwendbarkeit angelangten Flotte von «TIGER»-Kampfflugzeugen dienen. Dessen Notwendigkeit werde dem Stimmbürger genau zu begründen sein, war selbst von bürgerlicher Seite mahnend zu hören, weil die Furcht umgehe, die Heeresbedürfnisse könnten zu sehr leiden. Jürg Stahl, als Stabs-offizier der Luftwaffe mit der Problematik vertraut, beschied die Zweifler, falls nicht mindestens die Hälfte der 50 «TIGER» ersetzt würden, fehle es selbst an ausdauernder Luftpolizeikapazität –, von anderen Aufgaben der Kampfflugzeuge erst recht zu schweigen. Dann allerdings hätte die Schweiz den Luftschirm zugeklappt. – Auf der anderen Seite des politischen Spektrums will Josef Lang erst eine sicherheitspolitische Grundsatzdebatte führen, ehe im Winter 2007 an die Annahme selbst des blossen Projektierungskredites zu denken sei.

Sicherheitspolitische Entscheide gefordert

Endlich müssen die politischen Instanzen entscheiden, wie viel Eigenständigkeit wir benötigen und wo wir Einsätze im Aus-

land mittragen. Diesen «Schwarzen Peter» darf man nicht der Armeeführung zuschieben. Nicht nur für die Auslandseinsätze verdient der Appell Gehör, den Divisionär Peter Stutz, der Chef des Führungsstabes der Armee, aus dem Publikum vortrug: «Bitte, geben Sie uns einen Auftrag, und wir führen ihn aus!» ■



Josef Lang.



Jürg Stahl.



Uroš Svete.

Welche Armee hat Zukunft?

Markus Hutter

Bitte, erwarten Sie von mir keine Synthese der vorangegangenen Debatten – das wäre eine klassische Überforderung. Es wäre aber auch eine Geringschätzung des komplexen Themas und würde der Sache kaum gerecht.

Wir haben hingegen wichtige Botschaften vernommen, spannende Visionen betrachtet und lebhaft Diskussionen geführt. Die Frage, wie weit sich die Schweiz ausserpolitisch öffnen soll, harrt weiter einer Antwort. Diese Antwort wird aber weiterhin den Stein des Anstosses bilden und die bürgerlichen, armeebefürwortenden Kräfte in der politischen Arena entzweien. Eine Antwort auf die Frage nach Art und Ausmass der ausserpolitischen Öffnung wird aber auch nötig sein, um die Grundfrage nach der Art der Armee, die wir benötigen, zu definieren.

Ein kleines Stück sind wir dieser Grundfrage allerdings näher gekommen. Der Nato-Beitritt steht nicht – für manche: nicht mehr – zur Debatte, nicht nur, aber auch der Neutralität zuliebe. Und: Der sicherheitspolitischen Selbstständigkeit sind Grenzen gesetzt; das liegt schon in der Natur mancher Bedrohung, ob wir an den Terrorismus, das organisierte Verbrechen oder den halt auch denkbaren Fernbeschuss denken. Ein Mittelweg wird zu finden sein, und das scheint möglich. Nicht heute und nicht morgen, aber in absehbarer Zeit.

Die militärische Seite unseres Milizsystems haben wir nicht auf ihre Überlebensfähigkeit untersucht, doch gesehen, wie schwierig es wäre, für die Milizarmee einen tauglichen, bezahlbaren Ersatz zu finden, hinter den sich die Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer wieder scharen können. Das führt zu einem doppelten Appell: Tragen wir Sorge zu dieser Milizarmee! Und: Denken wir trotzdem rechtzeitig an eine mögliche Alternative! Denn der Miliz droht in Zukunft wohl weniger Gefahr infolge Verlustes der militärischen Tauglichkeit als durch die Internationalisierung unserer Arbeitswelt mit massiv gesteigener Mobilität der Menschen in der Wirtschaft oder durch die schwindende gesellschaftliche Wertschätzung militärischer Erfahrung und infolge des wachsenden Rückzugs ins Privatleben vieler Bürgerinnen und Bürger. Genauso wie die Ressourcenfrage in der Miliz eine zentrale Rolle spielen wird, genauso bleibt die glaubwürdige Vermittlung des zivilen Nutzens für unsere Armee der Zukunft massgebend.

Ans Ende einer solchen Debatte gehört die Frage: «Ist das Ziel erreicht?»

Angetreten sind wir zu dem grossen Unterfangen, die sicherheitspolitische Diskussion zu beleben und den Stellenwert der Sicherheitspolitik gebührend zu verbessern.



Markus Hutter, Nationalrat, beim Schlusswort.

Foto: Nydegger

Dazu haben wir einen kleinen Schritt getan, wenigstens in die richtige Richtung. Wir dürfen allerdings nicht verkennen, dass diese Debatte unter Teilnehmern stattfand, die – bei allen Unterschieden der politischen Lager – bereits überzeugt sind von der Bedeutung der Sicherheitspolitik. Nun gilt es, herauszutreten und in der Öffentlichkeit die Sicherheitspolitik als das darzustellen, was sie ist: ein hochinteressanter und geradezu schicksalhafter Komplex. Die Schwierigkeit besteht ja auch darin, in einem aktiven politischen Meinungsprozess aufzuzeigen, dass die Bewahrung der staatlichen Handlungsfähigkeit ohne eine glaubwürdige Sicherheitspolitik undenkbar ist. Und es gilt, unseren Bürgerinnen und Bürgern klar zu machen, dass für jede Lösung eines Konfliktes auf dieser Welt eben alle drei «D» gehören: Neben «Diplomacy» und «Development» auch «Defense». Davon müssen wir die Wähler und Stimmbürgerinnen überzeugen. Nur dann kann es uns gelingen, das grosse politische Manko, das sich in einer wachsenden Gleichgültigkeit gegenüber der Sicherheitspolitik äussert, zu überwinden.

Wenn das gelingt und wir zurückkehren zum sicherheitspolitischen Tagesgeschäft, ohne die grossen entscheidenden Linien aus den Augen zu verlieren und noch weniger die Gewissheit, dass die kommenden Jahre einige sicherheitspolitische Grundsatzzfragen gebieterisch stellen, dann hat sich dieser Tag gelohnt. Er hat sich auch gelohnt, wenn es gelungen ist, aufzuzeigen, dass nicht die Ordonnanzwaffe im Schrank ein echtes Problem in unserem Land darstellt, sondern vielmehr unser Umgang mit Risiken einer modernen Zivilgesellschaft,

die den mündigen Staatsbürger noch ernst nimmt.

Wenn uns das gelingt, dann sind wir auch gewappnet für die absehbaren Debatten über den Lärm der Militärflugzeuge und den Teilersatz der in die Jahre gekommenen «Tiger»-Kampffjets.

Ich möchte schliessen mit Macchiavelli, der gesagt hat: **«Es ist falsch, bei Meeresstille nicht an den Sturm zu denken.»**



Dr. Heiko Borchert arbeitet als selbstständiger Berater mit dem Schwerpunkt Sicherheit und Verteidigung in Deutschland, Österreich und in der Schweiz. Er promovierte 1999 an der Universität St. Gallen mit einer Arbeit zur europäischen Sicherheitsarchitektur, war wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Internationale und Vergleichende Studien (CIS, Zürich) sowie Direktor für Sicherheit und Verteidigung am Düsseldorfer Institut für Ausen- und Sicherheitspolitik e.V. Heiko Borchert ist Autor zahlreicher Veröffentlichungen, Mitherausgeber der Schriftenreihe Vernetzte Sicherheit (www.vernetzte-sicherheit.net) und doziert im In- und Ausland (Vorlesungen u.a. an der Universität St. Gallen, der ETH Zürich sowie an der Schweizer Militärakademie, der Führungsakademie der Bundeswehr, der deutschen Bundesakademie für Sicherheitspolitik und an der österreichischen Landesverteidigungsakademie).



Dr. Karl W. Haltiner gehört seit 1990 als Dozent für Militärsoziologie und mittlerweile als Chef Lehre und Forschung zum Lehrkörper der Militärakademie an der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich, deren Titularprofessor er ist. Die akademische Laufbahn begann mit dem Studium der Volkswirtschaft und der Soziologie an der Universität Bern. Der 60-jährige Sanktgaller publiziert regelmässig zu Fragen des sozialen Wandels, der nationalen und internationalen Sicherheitspolitik sowie zur Legitimation und Integration von Streitkräften in modernen Gesellschaften. Seit 1991 führt Haltiner zusammen mit der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETH Zürich regelmässig eine breit angelegte Umfrage zur schweizerischen Sicherheitspolitik durch, deren ausführliche Ergebnisse jeweils unter dem Titel «Sicherheit ...» erscheinen. Dieses Periodikum hat sich in der schweizerischen Politlandschaft inzwischen einen festen Platz gesichert. Von Karl W. Haltiners zahlreichen Publikationen sei hier eine hervorgehoben: 1985 veröffentlichte er mit «Milizarmee – Bürgerleitbild oder angeschlagenes Ideal?» eine wegweisende soziologische Untersuchung. Diese Grundsatzfrage griff der Major a D seither verschiedentlich auf.



Thomas Patrinicola ist Bürger der Vereinigten Staaten von Amerika. Geboren 1971 im deutschen Augsburg, erwarb Major Patrinicola 1994 an der West-Virginia University von Morgantown den Bachelor of Arts in Politischen Wissenschaften. Er schlug im gleichen Jahr die Militärlaufbahn als Infanterieoffizier ein, diente in Deutschland und Bosnien, wirkte in verschiedenen Stabsfunktionen der Infanterie und des Militärischen Nachrichtendienstes, führte eine Nachrichtenkompanie und gehört seit dem vergangenen Herbst dem Diplomkurs der Militärakademie an.



Jürg Stahl wirkt als Mitglied der Geschäftsleitung des Groupe Mutuel in Zürich, mithin in der Versicherungsbranche. Sein erstes berufliches Rüstzeug erwarb er sich nach der Lehre an einer Höheren Fachschule, die er als eidgenössisch diplomierter Drogist abschloss. Nach der Meisterprüfung leitete er sieben Jahre lang eine Drogerie. Daneben wirkte er als Berufs- und Fachschullehrer. 1998 schloss ein ökonomisches Nachdiplomstudium der Universität St. Gallen an. 1994 bis 2001 sass er im Grossen Gemeinderat von Winterthur, wo er zeitweilig die Fraktion der Schweizerischen Volkspartei und zuletzt den Rat selber präsidierte. Seit 1999 Mitglied des Nationalrates, gehört Jürg Stahl der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei an, für die er demnächst in die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates einzieht. Militärisch dient er, derzeit als Major, in der Luftwaffe. Seinerzeit kommandierte er die Fallschirmauflärungskompanie 17.



Dr. Uroš Svete, Staatsangehöriger der Republik Slowenien, erwarb 1999 den Bachelor of Arts der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Ljubljana mit einer Arbeit über Definition und Konzept des Informationskrieges. 2002 trug ihm die Untersuchung der Rolle der Informationstechnologie in der aktuellen asymmetrischen Kriegführung den Mastergrad ein. Seine Studien vollendete er 2005 mit einer Doktorarbeit über «Security implications of information-communication technology use». Weitere Publikationen beschäftigen sich mit Krisenmanagement und Sicherheitstheorie. Seit 2002 wirkt er als Lehr- und Forschungsassistent an der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Ljubljana (Defense Studies Division). Das Schwergewicht seiner Forschung liegt auf den Sicherheitskonzepten und -strategien in der modernen Welt und umfasst militärische wie nichtmilitärische Gesichtspunkte der Sicherheit. Uroš Svete lehrt in den Sachgebieten Zivilverteidigung, Krisenmanagement und Moderne Waffensysteme.

Für die Diskussionen, das Schlusswort und die Redaktionsarbeit stellen sich zur Verfügung:

■ **Dr. iur. Hans Altherr**, Ständerat seit 2004, Freisinnig-Demokratische Partei, Vizepräsident der Sicherheitspolitischen Kommission des Ständerates, Rechtsanwalt und Unternehmer in Trogen, ehemaliger Landammann und Volkswirtschaftsdirektor des Kantons Appenzell-Ausserrhoden

■ **Divisionär Heinz Aschmann**, in Horgen, bis 31. Dezember 2006 Chef Ausbildungsführung der Armee

■ **Dr. iur. Hermann Bürgi**, Ständerat seit 1999, Schweizerische Volkspartei, Präsident der Sicherheitspolitischen Kommission des Ständerates, Rechtsanwalt in Frauenfeld, ehemaliger Regierungsrat des Kantons Thurgau

■ **Markus Hutter**, lic. oec. HSG, Nationalrat seit 2003, Freisinnig-Demokratische Partei, Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates, Unternehmer in Winterthur

■ **Dr. med. Paul Günter**, Nationalrat 1979 bis 1991 und seit 1995, Sozialdemokratische Partei, Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates, in Därligen/BE, ehemaliger Anästhesie-Chefarzt des Regionalhospitals Interlaken

■ **Dr. phil. I Josef Lang**, Nationalrat seit 2003, Grüne Partei, Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates, Berufsschullehrer, Historiker und Publizist in Zug

■ **Dr. oec. HSG Arthur Loepfe**, Nationalrat seit 1999, Christlich-Demokratische Volkspartei, Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates, Betriebswirtschaftler in Appenzell, ehemaliger Landammann und Volkswirtschaftsdirektor von Appenzell-Innerrhoden, Präsident des Bodenseerates

■ **Dr. phil. I Hans Rapold**, Divisionär a D in Brunnen/SZ, 1974 bis 1980 Stabschef Operative Schulung

■ **Eugen Thomann**, lic. iur., Unternehmensberater in Winterthur, ehemaliger Kommandant der Kantonspolizei Zürich

